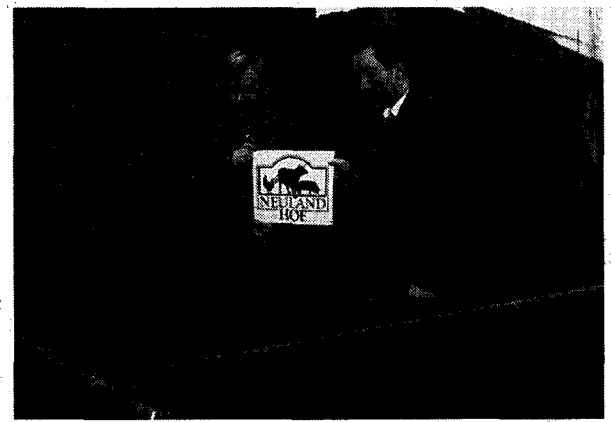
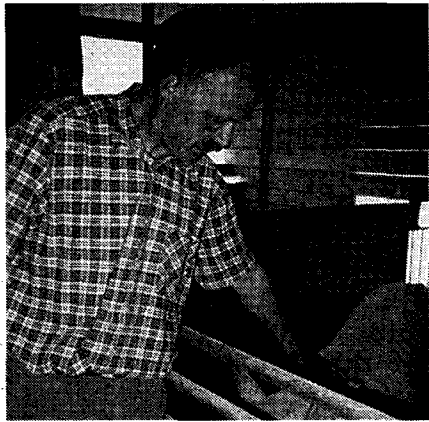


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

September 2003 Nummer 259
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Schwerpunkt

Die Extrawurst aus gutem Stall

Neuland wird 15 Jahre alt. Vor- und Rückblick auf einen bewegten Verein: Vor welchen Aufgaben steht Neuland? Welche Gründe gibt es für den Erfolg des einzigen Markenfleischprogramms für bäuerliche und artgerechte Tierhaltung?

Sowie ein Science-Fiction über die nächsten 15 Jahre.

Seite 12 und 13

Politik

Eigene Forderung bekämpfen

Nun will der Bauernverband plötzlich die Betriebsprämie, die er monatelang angegriffen hatte. Hintergründe zu Unterschieden und Auswirkungen der Entkoppelung auf Seite 6

Viel entschieden, vieles offen

Neue Kennzeichnung für Gentechnik in der EU, während in Deutschland um das Gentechnikgesetz gestritten wird. Seite 11

Markt

Stroh oder billig:

Dänemarks Schweinemäster liefern, wofür das Ausland bezahlt, wie deutsche Bauern auf einer Reise erfahren konnten. Seite 14

Schlechte Preise für Milch

Bio-Molkereien verschaffen sich nach wie vor Absatz über gegenseitiges Unterbieten. Die Bio-Bauern wissen nicht mehr, warum sie noch melken sollen. Seite 8

In der Passauer neuen Presse testet Großbauern-Präsident Gerd Sonnleitner seinen Versuch: „... emotionale Betroffenheit bei der Stadtbevölkerung zu wecken...“. Sonnleitner hoffte wegen der Trockenheit, einen ähnlichen Solidareffekt, wie beim Hochwasser im vergangenen Jahr zu erreichen. Der als Dürreopfer vorgeführte Kreisobmann Baumgarten parierte nicht, er erinnerte seinen Präsidenten: „dass viele Menschen das Jammern nicht mehr hören könnten.“ Zumindest an der Basis des Bauernverbandes ist der Bezug zur Realität noch nicht ganz verloren gegangen.



Trotz starker Ertragseinbußen in einigen Regionen und Existenzproblemen bei Betrieben kann meines Erachtens nicht von nationalem Notstand gesprochen werden. Die von EU, Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen sind richtig, obwohl viele Kleinbetriebe auf Grund der eingebauten Hürden nichts bekommen werden. Für die gesamte Landwirtschaft bedeutet weniger Ertrag auch weniger Überschuss, was sich zumindest beim Getreide in höheren Preisen bemerkbar macht.

Notwendig ist jetzt bäuerliche Solidarität, um Futternotstand ohne Wucherpreise auszugleichen. Der Bauernverband hätte viele Möglichkeiten, in den Aufsichtsräten auf die Futtermittelindustrie einzuwirken, damit die Not nicht ausgenutzt wird. In Zeiten großer Nachfrage erhöht sich die Gefahr, dass aller möglicher Abfall im Futtermittel landet. Bäuerinnen und Bauern müssen

KOMMENTAR

Dürrekatastrophe?

Blick in die Zukunft. Wir brauchen Forschung, wie sich die Klimaveränderung auf die Pflanzen auswirkt und welche Gegenmaßnahmen möglich sind. Wie kommen die Wälder mit der extremen Situation zurecht? In unserer Gegend scheint der Borkenkäfer die Presseerklärung von Ministerin Künast, dass der Wald wieder gesund ist, noch nicht gelesen zu haben.

Nachdem immer klarer wird, dass die Witterungsextreme zunehmen, brauchen wir, um nicht jedes Mal nach dem Staat schreien zu müssen, entweder einen Katastrophenfonds oder eine Ertragschadensversicherung.

Die EU-Reform lässt nationalen Spielraum zu; bis zu 10 Prozent der Prämien können variabel verwendet werden. Wir sollten prüfen, ob eine entsprechende Verwendung für einen Fonds oder eine Versicherung möglich ist. Damit könnte den Betroffenen in Zukunft unbürokratisch geholfen werden. Zu befürchten ist, dass nichts daraus wird, nachdem Lobbyisten und Politiker bei Katastrophen ihre Wichtigkeit zur Schau stellen und damit sogar Wahlen gewinnen können.

Um weitere Klimaveränderungen zu reduzieren, brauchen wir eine drastische Änderung der Energiepolitik. Hier bieten sich viele Chancen für die Landwirtschaft an. Die Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) darf nicht von den Kohle- und Atomkraftlobbyisten verwässert werden.

Sepp Bichler, Landesvorsitzender AbL Bayern

Es geht an die Existenz

In den von der Dürre schwer betroffenen Regionen ist die Stimmung düster

Ackerbauern haben durch die Dürre in Teilen Brandenburgs, Sachsens, Sachsen-Anhalts, Bayerns und Baden-Württembergs Verluste bei Ernten hinnehmen müssen, die deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre lagen. Aber vor allem tierhaltende Betriebe sind betroffen. Im Nordosten Baden-Württembergs war der erste Schnitt schon bis zu 30 Prozent weniger als üblich, der zweite wurde mager und einen dritten wird es nicht mehr geben. „Selbst wenn es jetzt mal richtig regnen sollte, werden wir nichts mehr mähen können. Denn bis auf den völlig ausgetrockneten Wiesen mal wieder etwas wächst, dauert es vier Wochen und im September geht die Vegetationsperiode schon wieder zu Ende“, so eine Bäuerin. Ulrike Hasenmeier-Reimer, Bäuerin aus dem Welzheimer Wald, befürchtet sogar, dass das Grünland teils wieder neu angesät werden muss, zu lange fehlte der Regen. Mit einem Drittel weniger Wintervorrat und einer um zwei bis drei Monate längeren Winterfütterpause wird es eng werden. Neben dem teuren Zukauf von Futter aus Gegenden, in denen das Jahr gar nicht so schlecht war, haben die Bauern auch noch das Geld für Zwischenfrucht-Saatgut umsonst ausgegeben. Der wenige Regen, der im August fiel, hat gerade gereicht, um das Keimen anzuregen. Nun schauen die Bauern auf die braune Steppe Kuhweide und vertrocknete Pflänzchen auf dem Acker.

Sinkende Viehpreise

Etwas weiter westlich hat Mitte August die Maisernte begonnen. Statt Mähdrescher fahren nun Häcksler auf den Äckern der Rheintalbauern, die Ernte geht als Silage in den Schwarzwald. Ein teures und ungewohntes Futter für die Schwarzwald-Kühe: 1.500 Euro kostet ein Hektar Mais mit dem Transport, so der AbLer und Bauer Klaus Elble. Im Schwarzwald gab es dieses Jahr nur einen Heuschnitt und schon jetzt wird das Winterfutter knapp. Ob im Westen oder Osten Baden-Württembergs, nicht nur der Zukauf von immer teurerem Futter belastet die Bauern, auch die sinkenden Viehpreise. Was an Tieren nicht unbedingt durchgefüttert werden muss, wird verkauft: Kälber und Rinder, die nicht für die Nachzucht notwendig sind. Die Prognose der Bauern ist, dass sowohl die Preise für Rau- und Kraftfutter weiter steigen als auch die Viehpreise weiter sinken werden. Dann werden auch Schweinebetriebe mit hohem Zukauf an Futter unter den steigenden Getreidepreisen leiden.

Ausfälle bis zu 70 Prozent

Mutterkuh- oder Rindermastbetriebe verkaufen auch in Brandenburg Tiere. Vor allem im Osten des Bundeslandes hat es wenig geregnet. Auf dem Grünland haben Bauern teils 70 Prozent Verlust. Schon im Frühjahr war es so trocken, dass es im Mai noch nichts zum Silieren gab. Selbst Roggen, der auf den sandigen Böden mit wenig Niederschlag ansonsten zurechtkommt, lieferte gerade mal noch 15 dt/ha. „Manche Schläge haben wir direkt untergemulcht“, erzählt Stephanie Kratz von der Bäuerinnen GbR. Auch hier würde Regen zwar keinen Schnitt mehr ermögli-



Nur noch vertrocknete Halmen stehen auf vielen Flächen.
Foto: Schimpf

chen, aber wenigstens den Tieren auf der Weide etwas weiterhelfen, hofft Jakob Ganten von Demeter Brandenburg. Auch die Saat könnte dann keimen.

Einige Bundesländer haben Stilllegungsflächen für die Nutzung freigegeben. Klaus Elble und Jakob Ganten befürworten Transportbeihilfen für Futtermittel. Die Bundeslandwirtschaftsministerin hat finanzielle Unterstützung für Länderprogramme zur Dürre zugesagt. Die Rentenbank vergibt zinsgünstige Dürre-Kredite, in der EU wird über vorgezogene Prämienzahlungen abgestimmt.

Aber die Stimmung hebt das nicht. „Manch ein Bauer im Schwarzwald starrt auf seine vertrockneten Flächen und fragt sich, ob es seinen Hof nächstes Jahr noch geben wird“, erzählt Klaus Elble. ms

Ganz Frankreich diskutiert Globalisierung im Larzac

Ein politisches Festival feierten hundertausende Globalisierungsgegner mit José Bové auf der französischen Hochebene.

Die letzte Ernte verregnet, diese vertrocknet, die wenig mutmachenden Ergebnisse der Brüsseler Agrarverhandlungen, jetzt die neue WTO Runde in Cancun – es ist schwer im Moment, Optimismus aufzubringen für die Zukunftsfähigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft. Wären da nicht die Franzosen, wäre da nicht das Larzac...

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ haben die Confédération Paysanne und hunderte weitere Organisationen zum Protest gegen die WTO auf das Hochplateau Larzac im Süden Frankreichs eingeladen. Auf 100.000 Teilnehmer hatten sie gehofft, 300.000 kamen und nachdem ein Versorgungskollaps drohte, wurde dichtgemacht, die Region großflächig abgeriegelt. In ganz Frankreich meldeten die Medien „Larzac ferme“, denn noch immer strömten die Massen. Am Freitag schon riesige Staus, unsere fünf Stunden Stop-and-Go waren wenig, verglichen mit dem, was andere hinter sich hatten. Und das bei 40 Grad im Schatten! Es sollte buchstäblich eine heiße Zeit werden – denn Schatten gab es kaum, die riesigen Zelte, in denen die Diskussionsforen stattfanden, waren ständig überfüllt, selbst in der sengenden Sonne harhten die Leute aus, um sich zu informieren, was uns mit der nächsten WTO Runde ins Haus steht. Viele hatten sich aus Hemden Turbane gebastelt, die Wasserflaschen kreisten, ein Spaßvogel erfrischte die Leute per Rückenspritze. Inzwischen brachten Wasserwagen Nachschub, denn schon Freitag nachmittag meldeten die Theken

nach 300.000 verkauften Litern das erste mal: ausverkauft!

Sechs Foren, in denen parallel den ganzen Tag lang diskutiert wurde, zwei Zelte, in denen Filme gezeigt wurden, drei Bühnen auf denen Theater und Performance stattfand sowie drei Bühnen für Konzerte, dazu hunderte von Ständen der einladenden Organisationen – die Informationsfülle war einfach nicht zu bewältigen. Und mitzerleben, dass 5.000 Verbraucher sich an einer Diskussion über Landwirtschaft beteiligen, dass permanent mindestens 20.000 Menschen in Foren politisch über mögliche Folgen von Globalisierung und WTO diskutieren – überwältigend! „Wir sind gekommen, weil wir uns betroffen fühlen.“ Das was Marc und Aurelie, Musiker und Lehrerin, bewogen hat, die weite Reise aus dem Norden Frankreichs zu unternehmen, gilt für die meisten. T-Shirts und Mützen mit der Aufschrift „Die Welt ist keine Handelsware“ oder „Für eine andere Globalisierung“ gehen weg wie warme Semmeln.

Doch nicht nur die Landwirtschaft wird diskutiert: was im Bereich Kultur, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Energie, Privatisierung öffentlicher Dienste, Recht oder Handel auf uns zukommen wird, sowie das Demokratiedefizit bei der nächsten WTO Runde in Cancun rufen die Menschen auf den Plan.

Auch jede Menge Prominenz ist erschienen. Unbestrittener Star des Festivals ist José Bové, Sprecher der Confédération Paysanne, Initiator des Festivals und soeben aus dem Gefängnis entlassen. Seine Verurteilung zu zehn



Monaten ohne Bewährung wegen Zerstörung eines Ackers mit genmanipulierten Pflanzen hatte in Frankreich einen Sturm der Proteste ausgelöst, tausende Aktionen fanden im ganzen Land statt, und sie bewirkte eine breite Mobilisierung gegen die Grüne Gentechnik. So schalteten 400 Wissenschaftler eine Anzeige in der renommierten Zeitung „Le Monde“ und erklärten, die Aktion von Bové und der Confédération Paysanne hätte sie dazu gebracht, ihre Haltung zu überdenken; inzwischen sind es mehr als 600, etwa zehn Prozent davon Leiter angesehener Forschungsinstitute, die ihre Solidarität mit Bové erklärt haben.

Lebendiges Agrarbündnis

Und ein sehr fröhlicher südfrenchösischer Bürgermeister erklärt uns zu fortgeschrittener Stunde unter Zuhilfenahme einiger Flaschen Rotwein, dass 1.300 Bürgermeister ländlicher

Gemeinden sich gegen Gentechnik in ihrer Gemeinde ausgesprochen hätten. Der enorme Erfolg von Larzac 2003 hat die politische Landschaft in Frankreich aufgemischt: Sowohl Regierung als auch Opposition sind beunruhigt über das Auftauchen einer neuen politischen Kraft, die andere Spielregeln in der Weltpolitik fordert und sich nicht in die etablierte Parteienlandschaft einordnen lässt. Was diese neue Kraft bewegt, bringt der 20jährige Guillaume, einer der vielen jungen Leute auf dem Larzac, auf den Punkt: „Es ist doch einfach verrückt zu glauben, dass die Menschen dieser Erde sich dauerhaft gefallen lassen, für den Profit einiger Multis um ihre elementarsten Rechte, wie zum Beispiel das Recht auf eine gesunde Ernährung, gebracht zu werden.“ In Frankreich lebt das Agrarbündnis!

Andreas Bergmann
und Sibylle Bahrmann

Entwicklungsländer in der Offensive

Im September gehen die Verhandlungen der Welthandelsorganisation in Cancun in die nächste Runde.

Verschiedene Papiere sind in den letzten Wochen auf den Tisch gekommen.

Im mexikanischen Badeort Cancun können sich heimische Kleinbauern kaum eine Übernachtung leisten. Dass Landwirtschaft auf der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Mexiko zumindest in den Medien eine andere Beachtung findet als bei der letzten in Doha liegt auf der Hand. Schließlich haben sich in Mexiko verschiedene Organisationen zum Bündnis „das Land kann es nicht mehr ertragen“ zusammengeschlossen (s. BS 04/03): Seit dem Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA verschwand die Hälfte der Anbaufläche des Grundnahrungsmittels Mais. Der natio-

nale Agrarrat befürchtet, dass durch die zweite Stufe des Abkommens an die drei Millionen Bauern ihre Existenzgrundlage verlieren können.

Nun ist durch ein gemeinsames Papier von verschiedenen Entwicklungs- und Schwellenländern neue Dynamik in die WTO-Verhandlungen gekommen. Agrarexportländer wie Argentinien, Brasilien und Chile haben ihr bisheriges Bündnis mit Kanada oder Australien beendet und treten nun mit Kolumbien, Guatemala, Thailand, Indien und China auf. Die 13 Staaten fordern neben dem zollfreien Marktzugang tropischer Erzeugnisse vor allem die Reduzierung

der Landwirtschaftssubventionen in den USA und der EU. So wollen sie eine Obergrenze für landwirtschaftliche Subventionen, die an Umweltauflagen gekoppelt sind. Die Direktzahlungen in der EU sind den Staaten ein Dorn im Auge. Mit der Kooperation treten seit langem wieder Entwicklungsländer als starker eigenständiger Block auf. Ihre Forderungen haben ein besonderes Gewicht, weil auf Staaten wie China oder Indien in der WTO nur wenig Druck gemacht werden kann, anders sieht es bei Ländern wie Brasilien aus, die hohe Kredite von der Weltbank bedienen müssen.

Die EU-Kommission kritisierte das Papier als übertrieben. Das wenige Wochen vorher von der EU und den USA vorgelegte Papier zum Agrarhandel behandelt ebenfalls interne Stützungsmaßnahmen, Marktzugänge und Exportsubventionen: Exportkredite werden nun mit Exportsubventionen gleichgestellt, wozu auch Nahrungsmittelhilfen zählen. Doch die für Kleinbauern vorgesehenen Ausnahmeregelungen vom WTO-Zuständigen Stuart Harbinson sind darin nicht mehr enthalten.

Die Verhandlungen in Cancun werden spannend werden.

ms

Kirchenland nicht in Privathand?

Was in westdeutschen Landeskirchen als Tradition gilt, scheint in Brandenburg noch unbekannt: klare und transparente Kriterien für die Verpachtung von Kirchenland. Dagegen wird nun die AbL in Brandenburg aktiv. Die Bäuerin und AbLerin Cornelia Schmidt hat sich an die evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg gewandt, nachdem einem privaten Bauern im Kreis Prignitz trotz regelmäßiger Pachtzahlung, Mitgliedschaft in der Kirche und ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung der Pachtvertrag nicht verlängert wurde. Neuer Pächter ist die AgrarGenossenschaft vor Ort, deren Vorsitzender nach Cornelia Schmidt seinen Mitarbeitern sogar empfahl, aus der Kirche auszutreten. Vergeben werden die Flächen von den Kirchengemeinderäten vor Ort. Im Gespräch mit dem Zuständigen der Landeskirche, Hartmut Fritz, äußerte er, dass vor allem der Pachtpreis entscheidend sei und die Landeskirche den Gemeinden vor Ort keine Kriterien vorgeben könne. Im Gespräch mit der *Bauernzeitung* hingegen nannte er Aspekte für die Pachtvergabe: ordnungsgemäße Bewirtschaftung, Kirchenzugehörigkeit und ob die Flächen für die Existenzsicherung eines Betriebes notwendig seien. Davon ist in der Praxis wenig zu merken. Cornelia Schmidt und der Bauernbund haben sich nun an den Bischof gewandt. ms

Lohn gefordert – Wohncontainer weg

Die Zeitarbeitsfirma „LFK Fleischprofi GmbH“ im südoldenburgischen Dorf Lutten hat offenbar 24 russische Ferienjob-Beschäftigte ohne Kündigung aus ihren Wohncontainern geworfen. Das berichtet die Oldenburgische Volkszeitung. Die russischen Studentinnen waren für drei Monate zur Herstellung von Fleischspießen nach Deutschland geholt und an eine Fleischfabrik vermietet worden. Als die Frauen versuchten, die Auszahlung des Lohnes von 930 Euro brutto ohne Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen durchzusetzen, wurden überraschend ihre Wohncontainer abtransportiert. Die Russinnen klagen nun auf Auszahlung des noch ausstehenden Lohnes, die Bezahlung von Mehrarbeit und Schadenersatz für die fehlende Unterbringung. „Für die Rückreise sind sie auf die Auszahlung des Lohnes angewiesen,“ so Peter Arens, der Rechtsanwalt der Studentinnen. en

Unkontrollierbare Gentech-Versuche

Zahlreiche Gentechnik-Versuche in den USA (vor allem von Monsanto und DuPont) werden unkontrolliert und auf nicht genehmigte Weise durchgeführt, das ergab eine Studie der United States Public Interest Research Group. In den letzten fünf Jahren wurden 39.660 Feldversuche auf 195.100 ha durchgeführt, wobei fast allen Anträgen stattgegeben wurde. Das US-Landwirtschaftsministerium genehmigte so in den letzten zwei Jahren 333 Versuche mit gentechnisch verändertem Weizen, obwohl selbst US-amerikanische und kanadische Weizenhändler diesen für „nicht vermarktungsfähig“ halten. 69 Prozent aller Versuche der letzten beiden Jahre wurden nicht veröffentlicht. Eine weitere US-Studie ergab, dass z.B. in Iowa, Nebraska und Minnesota bei 19 Prozent der Versuche mit insektengiftigem Bt-Mais die Sicherheitsbestimmungen der US-Umweltbehörde nicht eingehalten wurden, vor allem durch fehlerhafte Sicherheitsabstände und den fehlenden Anbau von benachbartem Nicht-Gentech-Mais. pm

Landfrauen als Motor ländlicher Entwicklung

Die Mitgliederversammlung des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) hat die Präsidentin Erika Lenz in Freiburg einstimmig wiedergewählt. Die 64 stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände wählten ferner Evelyn Moscherosch und Frieda Hensmann als Vizepräsidentinnen und Marianne Anselm, Jutta Quoos, Silvia Zöller und Ulrike Schellberg als Beisitzerinnen. Präsidentin Lenz forderte, das Fach Hauswirtschaft und den Umgang mit Nahrungsmitteln an die allgemeinbildenden Schulen und in die Kindergärten zu bringen, damit dies zu einer „Alltagskompetenz“ werde. Ähnlich äußerte sich beim Bauerntag des Bauernverbands auch Renate Künast und bekam viel Beifall dafür. In ihrer Rede vor den Landfrauen hatte Bundesfamilienministerin Renate Schmidt die Landfrauen als „Motor der ländlichen Entwicklung“ bezeichnet. Vor allem der starke Anstieg von Freizeit-Dienstleistungen, Bauernhof-Urlaub, Direktvermarktung oder sozialen Leistungen gingen überwiegend auf das Konto der Frauen. en

Jetzt ist Zeit zu wechseln

Ab jetzt können AbL-Mitglieder vergünstigten und sauberen Strom von der Firma NaturEnergie beziehen

Die NaturEnergie ist neuer Partner der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Alle AbL-Mitglieder und Mitgliedsbetriebe können ab sofort sauberen Strom zum attraktiven AbL-Partner-tarif beziehen. Der Strom der NaturEnergie ist frei von Kohle und Kernkraft und wird ausschließlich in modernisierten Wasserkraftwerken am Hochrhein produziert. Mit derzeit rund 230.000 Kundenverträgen ist die NaturEnergie AG Marktführer unter den reinen Grünstromhändlern in Deutschland. Einer der Kunden ist Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL: „Ich bin seit Jahren überzeugter Kunde der NaturEnergie“. Auch Dr. Jörg Gerke, Mitglied des Bundesvorstands der AbL, Rukieten in Mecklenburg-Vorpommern, hat sich für NaturEnergie-Strom entschieden. Er hebt besonders den günstigen Preis hervor: „In vielen Gegenden Deutschlands ist der Strom der NaturEnergie günstiger als die allgemeinen Tarife der örtlichen Versorger“.

Die NaturEnergie vertraut bei der Kundenaufnahme auf Partner, die zu ihr passen: Umweltverbände, ganzheitlich orientierte Ärzte und Zahnärzte, Kirchenverbände und jetzt auch auf die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Gemeinsam mit ihren Partnern will sie zur Energiewende in Deutschland beitragen. Das Unternehmen bietet zwei Produkte an: NaturEnergie Silber steht für Strom, der zu 100 Prozent aus heimischen, modernisierten Wasserkraftanlagen stammt. Das Produkt NaturEnergie Gold stammt ebenfalls aus Wasserkraft. Mit der Entscheidung für dieses Produkt leistet der Verbraucher zudem einen Beitrag zum Ausbau der regenerativen Energieerzeugung: 2,5 Cent je Kilowattstunde gehen in die Förderung neuer Anlagen für Wasser-, Solar- und Windenergie und zukünftig auch Biomasse. NaturEnergie Gold ist mit dem Gütesiegel ok-power ausgezeichnet, einer Initiative von Ökoinstitut und WWF Deutschland.

In die Renovierung ihrer Wasserkraftwerke (siehe Bild) hat die NaturEnergie AG in den vergangenen Jahrzehnten rund 350 Millionen Euro investiert. Außerdem hat die NaturEnergie mit dem Neubau des in die Jahre gekommenen Kraftwerks Rheinfelden begonnen: Das Projekt hat ein Investitionsvolumen von über 400 Millionen Euro – es ist bundesweit das größte Bauvorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien. Naturnahe Umgehungsgewässer und modernste Fischtreppe verbessern die Naturschutzsituation. Ist das Kraftwerk neu gebaut können weitere 160.000 Haushalte mit sauberem Strom versorgt werden. Auch die Politik hat das große Potenzial der Neuen Großen Wasserkraft erkannt: In dem Mitte August veröffentlichten Referentenentwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurden erstmalig auch Wasserkraftwerke über fünf Megawatt aufgenommen. Zum Vergleich: Die Leistung des Wasserkraftwerks in Rheinfelden wird von 25,7 auf 116 Megawatt erhöht. Die Große Wasserkraft ist nach wie vor der dominierende Energieträger im Bereich der regenerativen Energien – auch wenn die Windkraft in den letzten Jahren stark aufholen konnte. „Durch Ausbau und Modernisierung vorhandener Wasserkraftwerke lassen sich die derzeitigen Kapazitäten um bis zu 40 Prozent steigern“, meint Andreas Fußer, Vorstand der NaturEnergie. Nutzen Sie die Gelegenheit: AbL-Mitglieder, die bis zum 31. 12. 2003 einen Stromvertrag bei der NaturEnergie unterzeichnen, bekommen für mindestens 12 Monate die günstigen Preise garantiert. Auch danach werden die Preise unter den Standardverbrauchspreisen der NaturEnergie liegen. Wechseln Sie jetzt!

Yvonne Schweickhardt

In dieser Ausgabe der Bauernstimme liegt eine Broschüre der NaturEnergie bei. Darin finden Sie nähere Informationen zu Strom aus Wasser und Sonne. Mehr Infos gibt es unter: NaturEnergie AG, Stichwort AbL, Am Wasserkraftwerk 49, 79639 Grenzach-Wyhlen, Tel: 01801/908070, Fax 07624/ 90803322



Das erste regenerative Doppelkraftwerk in Deutschland: das Wasser- und Solarkraftwerk Wyhlen.

Wahrscheinlichkeiten sind keine Beweise

STV kämpft weiterhin darum, Bauern und Bäuerinnen auszuforschen

Das Zeug zum Krimi hat nun endgültig die Auseinandersetzung um die Auskunftspflicht in Sachen Nachbaugebühren. Seit der Europäische Gerichtshof (EuGH) den von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) erhobenen pauschalen Auskunftsanspruch ablehnte, widmen sich deren Angestellte und Anwälte noch ausgiebiger als je zuvor der Vor-Ort-Spionage. Über einen Beweisantrag ganz besonderer Art wollte die STV ganz neue Aspekte in das Verfahren rund um den hessischen Bauern Christian Schulin bringen, das vom EuGH an das zuständige Oberlandesgericht Frankfurt zurück überwiesen wurde. Per Anruf beim Katasteramt erkundete die STV, welche Flurstücke Schulin bewirtschaftet; im Internet fanden sie Angaben dazu, dass er Futtererbsen, Roggen, Hafer und Dinkel auf seinem Betrieb anbaut. Der neue STV-Geschäftsführer Dirk Otten höchstselbst wurde zum Detektiv, besichtigte die besagten Äcker und machte Fotos von den dort stehenden Kulturen. An dem Feld, auf dem laut STV-Spionen „mindestens zwei Sorten Dinkel“ wachsen, ließen sie eine führende Mitarbeiterin der Pflanzenzucht Oberlimpurg eidesstattlich erklären, dass es sich „wahrscheinlich“ bei einer der beiden Dinkelsorten um die von ihrem Unternehmen gezüchtete Sorte „Frankenkorn“ handelt.

„Anhaltspunkte“

Christian Schulin hat von diesen Besuchen an seinen Flächen nichts mitbekommen, er erfuhr erst davon, als die Rechtsanwälte der STV eine Spionageakte daraus gestrickt und diese als Beweisantrag beim Oberlandesgericht Frankfurt eingereicht hatten. Sie wollen damit eine möglichst in ihrem Sinne weitreichende Interpretation des Beschlusses des EuGH juristisch festzurren. Von den EU-Richtern war ja dargelegt worden, dass Bäuerinnen und Bauern den Pflanzenzüchtern Auskunft zu erteilen haben, wenn diese „Anhaltspunkte“ für den Nachbau der betreffenden Sorte vorlegen können. Die STV möchte nun gerne die Auslegung dieser Anhaltspunkte so verstanden wissen, dass es bereits ausreicht, einem Landwirt den Anbau irgendwelcher Ackerkulturen nachzuweisen und dann – hier beispielsweise für den Winterroggen, Hafer und die Futtererbsen von Christian Schulin – zu behaupten es sei „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es sich um eine geschützte Sorte eines von der Klägerin administrierten Sortenschutzinhabers handelt. Nahezu sämtliche Sorten, die bei Landwirten im Anbau stehen, genießen Sortenschutz.“ Die STV-Anwälte führen an, dass angeblich



Fast kein Aufwand war der STV zu viel, um die Äcker des Bauern Schulin auszuspionieren. Foto: Schimpf

der Anteil des Saatgutes geschützter Roggensorten bei 89,9 % liegt, der geschützten Futtererbsensorten zwischen 85 und 100 % und der geschützten Hafersorten bei 100 %. Schließlich behaupten sie sogar: „Das Getreide, welches der Antragsgegner auf seinen Feldern anbaut, ist entweder aus zertifiziertem Saatgut der betreffenden geschützten Sorten erwachsen oder es handelt sich um Nachbau des Antragsgegners. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. ... Der Nachweis, dass der Antragsgegner in diesem Wirtschaftsjahr (2002/2003) Saatgut geschützter Sorten an- oder möglicherweise nachbaut, ist als Anhaltspunkt für den Nachbau des Antragsgegners auch im Wirtschaftsjahr 1997/98 ausreichend.“

„Unzulässige Ausforschung“

„Ich hätte mich als Anwalt geschämt, solche Sachen zu schreiben, wo ich doch genau weiß, dass es nicht stimmt“, kommentiert Christian Schulin. Ihn ärgert fast mehr noch als die Spionage, dass die STV ihn mit kühnen und zum Teil haltlosen Behauptungen an den Pranger stellt. Am Ende befürchteten die STV-Anwälte auch noch, „dass der Antragsgegner sein Getreide auch vorzeitig abernten wird, um sich der Beweiserhebung und einer Verurteilung zur Auskunft zu entziehen.“ Deshalb sei „Eile geboten“, was das richterliche Handeln betrifft. Das Gericht entsprach diesem Wunsch der STV und beschloss kurz darauf die Unzulässigkeit des Beweisantrages, da er „nicht bestimmte Tatsachen bezeichnet, über die Beweise erhoben werden soll, sondern der Ausforschung dient.“ Ein Erfolg für die Bäuerinnen und Bauern sowie die Anwälte der IG Nachbau, die gegen die Zulassung des Beweisantrages der STV argumentiert hatten, dass nicht „an Stelle des allgemeinen Ausforschungsanspruches der vom BGH und vom EuGH verneint worden ist nun ein allgemeiner Ausforschungsbeweis“ möglich werden sollte. cs

Terminhinweis:

Am 24. September sollen vor dem Braunschweiger Landgericht mehr als 30 Auskunftsverfahren verhandelt werden, die bislang ausgesetzt waren. Die STV will neue Beweise als Anhaltspunkte für den Nachbau durch die betreffenden Bäuerinnen und Bauern in die Verfahren einbringen.

Saatgutwechsel

Der Saatgutwechsel beträgt in Deutschland derzeit rund 60 Prozent. Bei Getreide ist er im vergangenen Wirtschaftsjahr um rund vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen – offenbar als Reaktion auf die ungünstigen Erntebedingungen und Witterungsverhältnisse während der Aussaat.

Noch mehr Beweise

Auch in einem Verfahren vor dem bayerischen Oberlandesgericht hatte die STV schon vor der EuGH-Entscheidung vermeintliche Beweise – Rechnungskopien für den Bezug von Beizmitteln und die Aufbereitung von Erntegut – vorgelegt. Zunächst sah es so aus, als würde das Gericht die STV gewähren lassen, doch nach der Luxemburger Entscheidung sieht es die Angelegenheit nun kritischer. Bloßer Beizmittelbezug wird nicht als Anhaltspunkt für Nachbauaktivitäten des Bauern akzeptiert, ebenso nicht mehr der Rückschluss: Weist die STV dem Bauern den

Anbau einer geschützten Sorte nach, darf sie für alle 600 Auskunft verlangen. Auch die zeitliche Dimension sehen die Richter nun begrenzter, ein Nachweis über die Verwendung einer Sorte aus dem Jahr 2000 gilt auch nur von da an, nicht für Zeiträume davor. Das OLG München macht damit deutlich, dass es das EuGH-Urteil so interpretiert, wie es auch von der IG Nachbau gelesen wird, als Nein zum allgemeinen Auskunftsersuchen durch die STV. Das OLG-Urteil soll am 25. 9. gesprochen werden.

Patentrecht und Nachbau

Lange umstritten, gibt es nun einen ersten Entwurf des deutschen Biopatentgesetzes, das auf der Grundlage der vorhandenen EU-Richtlinie zukünftig Patente auf Leben erteilen soll. Zwar wird genau das vom Justizministerium – den Entwicklern des Entwurfes – bestritten, faktisch würde das wenig reglementierende Gesetzeswerk allerdings die Patentierung von Leben in allen Bereichen zulassen. Bereits die EU-Vorlage ist so gestaltet, dass einer

weitreichenden Patentierung Tür und Tor geöffnet ist. Vor dem Hintergrund der Nachbauproblematik ist interessant, dass das Patentgesetz einen der Nachbaugebühren entsprechenden Umgang mit der Verwendung patentgeschützten Erntegutes zur Neuaussaat auf den Höfen vorsieht. Auch deshalb lehnt die AbL den Entwurf, aber auch die generelle Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie in deutsches Recht ab. cs



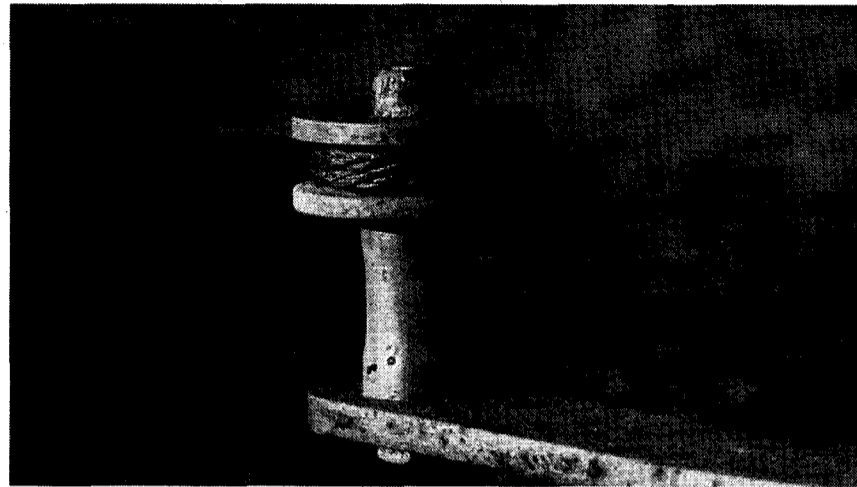
Als erster Agrarminister in Deutschland hat der niedersächsische Minister (CDU) Ende Juli ein Konzept vorgelegt, wie die Entkopplung in Deutschland umgesetzt werden soll. Der Deutsche Bauernverband (DBV) macht Stimmung gegen den Vorschlag, denn er bedeutet Umverteilung von Direktzahlungen zwischen Betrieben und Regionen.

Ehlens Vorschlag

Ehlen schlägt vor, alle Direktzahlungen, die entkoppelbar sind, 2005 zu entkoppeln und in eine einheitliche Flächenprämie zu überführen, die für Grünland und Acker gleich hoch ist. Für eine Übergangszeit werden aber die Bullenprämie (Sonderprämie männliche Rinder) und die Milchprämien (einzuführen ab 2004) als entkoppelte Betriebsprämie gezahlt. Bullen- und Milchprämie bleiben also den Betrieben zunächst in der Höhe erhalten, wie sie Bullenprämien im Schnitt der Jahre 2000-2002 erhalten haben bzw. wie sie Milchprämie erhalten werden. „Während eines zu definierenden Übergangszeitraumes wird diese Betriebsprämie zugunsten der einheitlichen Flächenprämie abgeschmolzen“, so das Konzept. Das Ministerium kommt somit für das Jahr 2005 für Niedersachsen zu einer einheitlichen Flächenprämie von 237 Euro/ha. Im Lau-

Entkopplung: DBV gegen CDU

Niedersachsens Minister Ehlen (CDU) will regional einheitliche Flächenprämie



Woran werden die neuen Prämien gebunden – etwa an alte Besitzstände?

fe der angenommenen Übergangszeit von sechs Jahren würde diese Flächenprämie auf 329 Euro/ha steigen.

DBV gegen Umverteilung

Weil Ehlens Vorschlag eine Umverteilung von Direktzahlungen bedeutet, hat der niedersächsische Landvolkverband das Konzept bereits kritisiert. Präsident Werner Hilse (Ackerbauer, 330 ha) will „kurzfristige Einkommensverluste“ der betroffenen Betrie-

be „nahezu ausschließen“. Betroffen seien besonders Betriebe mit reinem Getreideanbau, Kälbermast und wenig Fläche, intensive Bullenmäster sowie Milcherzeuger mit viel Quote pro Fläche.

DBV-Präsident Sonnleitner hatte bereits auf dem Bauerntag seines Verbandes jede Umverteilung abgelehnt und damit indirekt die Betriebsprämie gefordert, die er monatelang bekämpft hat. „Wenn wir in eine Umverteilungs-

diskussion starten, gibt es nur Verlierer“, sagte Sonnleitner in Freiburg. Der westfälisch-lippische Verband schreibt: „Der große Vorteil der individuellen Betriebsprämie liegt darin, dass keine Umverteilung zwischen den Betrieben stattfindet.“ Wendelin Ruf, Präsident des Badischen Hauptvereins, ergänzte, eine Diskussion um eine Prämie auch für Grünland „würde der Verband nicht aushalten“.

Der Bauernverband Schleswig-Holstein hat in einem Brief an seine Ortsverbände die Strategie erklärt: „Wenn der Berufstand sich bundesweit einig ist, können wir mit den B-Ländern (CDU-regierte Länder) noch einiges bei der nationalen Ausführung erreichen. Sollten sich die Landesbauernverbände jedoch über den nationalen Weg streiten, könnten wir ein Desaster erleben.“

Kurz vor der Landtagswahl in Bayern scheint Sonnleitner bei der CSU Gehör gefunden zu haben. Denn entgegen seinen Aussagen vor dem Luxemburger Beschluss spricht Bayerns Minister Josef Miller nun nicht mehr von einer einheitlichen Flächenprämie. In den Bund-Länder-Arbeitsgruppen setzt sich Bayern vielmehr nun für die Betriebsprämie ein. Auf Niedersachsens Minister Ehlen wird also noch einiges zukommen. uj

In der aktuellen Diskussion um die Umsetzung der in der EU beschlossenen Entkopplung von Direktzahlungen spielen zwei Begriffe eine zentrale Rolle: „Betriebsprämie“ und „Flächenprämie“. Eigentlich sind sie kein richtiges Gegensatzpaar, weil auch die neue „Flächenprämie“ im Grunde eine Betriebsprämie ist. Es gibt nur zwei unterschiedliche Berechnungsarten, und die führen zu ganz unterschiedlichen Prämienverteilungen.

Betriebsprämie

Von „Betriebsprämie“ wird gesprochen, wenn die entkoppelten Direktzahlungen so auf die Betriebe aufgeteilt werden, dass jeder Betrieb nach der Entkopplung jeweils so viel Prämie erhält, wie er im Durchschnitt der drei Jahre 2000 bis 2002 (Referenzzeitraum) pro Jahr erhalten hat. Dazu wird dieser Durchschnittsbetrag auf die Ende 2002 prämiensberechtigten Fläche einschließlich Futterfläche (also auch Grünland) umgelegt. (Für die Berechnung wird mit der Prämienhöhe pro ha bzw. pro Tier von Ende 2002 gerechnet, die so hoch ist wie heute.) Erhielt z.B. ein Grünland-Betrieb nach dieser Rechnung damals 5.000 Euro und hatte er 50 ha prämiensberechtigter Fläche, so hat er nun 50 Prämienrechte zu jeweils 100 Euro. Für jeden prämiensberechtigten Hektar wird also ein Prämienrecht vergeben; im Betrieb ist jedes Prämienrecht gleich viel wert. Ein ebenso großer Nachbarbetrieb

Betriebs- gegen Flächenprämie

kann aber, z.B. weil er in der Referenzzeit Bullenmast betrieben hat, damals viel mehr Direktzahlungen erhalten haben. Nehmen wir an, es waren 30.000 Euro, so kommt dieser Betrieb auf ebenfalls 50 Prämienrechte, allerdings im Wert von 600 Euro pro Prämienrecht. Die Prämiensumme, die ein Betrieb in Zukunft erhält, richtet sich bei dieser Betriebsprämie also nach der Prämien-situation im Referenzzeitraum.

Flächenprämie

Statt dieses Modells der referenzbezogenen Betriebsprämie kann jeder EU-Mitgliedstaat für sich den so genannten Artikel 58 der in Luxemburg vereinbarten Verordnung anwenden. Dann wird immer noch für jeden Betrieb errechnet, wie viele Prämienrechte er bekommt, aber der Wert der Prämienrechte ist dann für alle Betriebe einer „Region“ gleich hoch. Deshalb ist von „regional einheitlicher Flächenprämie“ die Rede.

Dazu wird die Summe aller entkoppelten Direktzahlungen, die einer Region (z.B. eines EU-Mitgliedstaates oder in Deutschland möglicherweise eines Bundeslandes) zur Verfügung stehen, durch die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der Region geteilt, ausgenommen Dauerkulturen und Zu-

ckerrübenfläche. Zur Berechnung der Anzahl Prämienrechte pro Betrieb ist die Nutzfläche des Betriebes (d.h. des Bewirtschafters) nun nicht im Referenzzeitraum, sondern zum Zeitpunkt der Entkopplung (z.B. 2005) maßgeblich.

Würde man alle entkoppelbaren Direktzahlungen deutschlandweit auf die landwirtschaftliche Nutzfläche umlegen, ergäbe sich eine einheitliche Flächenprämie von etwa 350 Euro/ha. Der erste Beispielbetrieb würde also gewinnen, der zweite verlieren.

Prämienrechte

Betriebs- als auch „regional einheitliche Flächenprämie“ basieren also auf der Zuteilung von Prämienrechten. Deshalb unterscheiden sich die beide Formen der neuen Prämien von den bisherigen Flächenprämien: Die heutige Ackerprämie z.B. für Getreide wird für jede Fläche gezahlt, auf der Getreide angebaut wird. Wechselt die Fläche den Bewirtschafter, stellt einfach der neue Bewirtschafter den Antrag auf Prämie. Bei den neuen Prämienrechten kann der neue Bewirtschafter einen solchen Antrag nicht mehr stellen. Die Prämienrechte werden einmal, und zwar zum Zeitpunkt der Entkopplung, den Betrieben zugewiesen.

Danach entscheidet jeder Betrieb selbst, ob er seine Prämienrechte behält oder an einen Pächter – oder auch an einen Verpächter, der seine Fläche zurücknehmen will – weitergibt.

Behält ein Betrieb seine Prämienrechte, muss er zusehen, dass er weiterhin für jedes Prämienrecht einen Hektar prämiensberechtigter Fläche nachweist. Sonst ruhen die Prämienrechte, d.h. sie werden nicht ausgezahlt. Ein Prämienrecht darf höchstens drei Jahre ruhen, dann wird es eingezogen und geht in die nationale Reserve, aus der Härtefällen oder Existenzgründern Prämienrechte zugewiesen werden können. Wichtig dabei: Für Flächen, auf denen Speisekartoffeln, Obst oder Gemüse angebaut werden, dürfen keine Prämienrechte ausgezahlt werden (Zuckerrüben sind bei der Auszahlung der Prämienrechte wieder mit „auszahlungsberechtigt“).

Um den Einzug eines Prämienrechts zu vermeiden, kann der Betrieb das Prämienrecht mit oder ohne Fläche verkaufen oder mit Fläche verpachten. Prämienrechte sind also handelbar. Aufnehmende Betriebe können mit dem Prämienrecht allerdings nur etwas anfangen, wenn sie mehr prämiensberechtigte Fläche als Prämienrechte haben. Der Umfang der „prämiensfreien Fläche“ wird daher entscheidend dafür sein, welcher Preis sich für Prämienrechte bilden wird. uj

AbL lehnt Kürzung ab

Vielen Betrieben droht Verdopplung der Beiträge zur Krankenversicherung

Kommt der vom Bundeskabinett am 13. August beschlossene Haushalt 2004 so durch Bundestag und Bundesrat, droht den Betrieben in kleinstrukturierten Regionen Deutschlands eine drastische Beitragserhöhung. Bekanntlich will der Bund im Jahr 2004 rund 218 Millionen Euro an Zuschüssen zur Landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV) streichen. Bisher übernimmt der Bund zu 100 % die Krankenkassen-Leistungen für landwirtschaftliche Altenteiler (Rentner), die nicht durch die geringen Beiträge der Altenteiler selbst gedeckt sind. In Zukunft will der Bund nur noch 85 % tragen. Den Fehlbetrag müssten die aktiven Beitragszahler aufbringen.

Die AbL hat in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz den Bund aufgefordert, nach sozialverträglicheren Alternativen zu suchen. Denn weil es keinen Finanz- oder Lastenausgleich zwischen den 10 Landwirtschaftlichen Krankenkassen gibt, sind von der Bundesmittel-Kürzung die Regionen besonders stark betroffen, in denen es im Verhältnis zu den beitragszahlenden Bauern viele Altenteiler gibt. Während im Bundesdurchschnitt die Mehrbelastung 32 % ausmache, reiche die Belastung für die einzelnen Kassen von 0,5 % (Sachsen) bis zu 50 % (Rheinland-Pfalz). Auf einzelbetrieblicher Ebene sei sogar

mit einer Verdopplung der Beiträge vor allem in den mittleren Beitragsklassen zu rechnen. Denn es sei nicht davon auszugehen, dass ein Anheben der Beiträge der oberen Beitragsklassen deutlich über den

Vergleichsbeitrag der allgemeinen Ortskrankenkasse durchsetzbar sei. Die Hauptlast aus der Reduzierung der Bundeszuschüsse hätten damit die mittleren Beitragsklassen zu erbringen, befürchtet die AbL.

Die Bundestagsabgeordneten Waltraud Wolff (SPD) und Friedrich Ostendorff haben in einer gemeinsamen Presseerklärung deutliche Kritik am Gesetzentwurf geäußert. Von den notwendigen Sparmaßnahmen könne zwar auch das BMVEL nicht ausgenommen werden, die beiden Abgeordneten könnten

aber „derzeit nicht erkennen, wie sich die Einsparungen im Bereich der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung, die der Kabinettsentwurf vorsieht, sozialverträglich umsetzen lassen“. Sie wollen daher im parlamentarischen Verfahren Alternativen prüfen.

Als alternative Kürzungen werden in Berlin nach wie vor die vollständige Streichung der Agrardiesel-Rückerstattung, aber auch eine Kürzung der Bundeszuschüsse zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung diskutiert. *uj*



Nun ist der Bundestag gefragt, den Haushalt 2004 sozialverträglicher zu gestalten.

AbL-Vorschlag zur Entkopplung

Soziale Komponenten einführen, um Härten zu vermeiden

Die AbL hat Anfang Juli einen ersten Vorschlag zur nationalen Umsetzung der Entkopplung vorgelegt. Der Vorschlag sieht vor, alle Prämien (einzige Ausnahme: Mutterkuhprämie) 2005 zu entkoppeln, auch die Milchprämie. Denn dadurch würden die Möglichkeiten der aufnehmenden Hand (Handel und Molkereiwirtschaft) verringert, die Milchprämie in Höhe von bis zu 3,55 Cent/kg durch entsprechendes Absenken der Erzeugerpreise für sich abzuschöpfen.

Alle entkoppelten Prämien sollen in eine regional einheitliche Flächenprämie überführt werden, die auch für Grünland gezahlt werden soll. Ausgenommen davon bleibt aber ein Sockelbetrag an Tier- und Milchprämien pro Betrieb. Der Sockelbe-

trag soll Härten beim Übergang auf die einheitliche Flächenprämie vermeiden und bleibt den Betrieben somit unabhängig von der Flächenprämie erhalten, zumindest für eine Übergangszeit. Die AbL hat in dem Papier zunächst als Sockel 30.000 Euro pro Betrieb genannt.

Der Sockel könne dabei nie höher sein als die Summe der Tier- und Milchprämien des Referenzzeitraums. Betriebe, deren Tier- und Milchprämien über den Sockelbetrag hinausgehen, sollen die Möglichkeit erhalten, den Sockel zu erhöhen, indem 50 % ihrer Arbeitskosten angerechnet werden. Nach einer Übergangszeit sollen die gesamten Prämien einer arbeitskraft-bezogenen Staffelung (bzw. Modulation) unterzogen werden. *uj*

KURZES AM RANDE

Krankenkassen-Kürzungen rechtlich bedenklich

Die geplanten Kürzungen der Bundeszuschüsse bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen hält der Bonner Verfassungsrechtler Isensee für verfassungsrechtlich bedenklich, weil der Bundeszuschuss zu deren System-Bestandteil gehöre und weil eine Kürzung gegen den Vertrauensschutz und gegen die Berufsfreiheit verstoße. Isensee erwartet Beitragserhöhungen für die aktiven Landwirte um durchschnittlich 30 bis 40 Prozent, vereinzelt sogar um 90 Prozent, und damit zu Beiträgen weit oberhalb derer in den allgemeinen gesetzlichen Krankenkassen. Die Landwirte hätten aber – anders als andere Versicherte – nicht die Möglichkeit des Kassenwechsels. Der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands der Landwirtschaftlichen Krankenkassen Leo Blum wies darauf hin, dass vor allem größere Betriebe mit einem Wirtschaftswert von über 30.000 Euro die Befreiung von der Versicherungspflicht (zugunsten einer Privatversicherung) beantragen würden. Betriebe in der Beitragsklasse 20 dagegen hätten kaum Beitragssteigerungen zu erwarten, weil hierfür der Beitragssatz von 90 Prozent des AOK-Vergleichsbeitrags festgeschrieben sei. *pm*

Backhaus verliert finanzkräftigen Gönner

Mit fast 30.000 DM hatte Friedrich Harms, ehemaliger Saatguthändler aus Westfalen, dem heutigen Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns Till Backhaus unterstützt. Bezahlt hatte er damit 1999 ein Rechtsgutachten für den SPD-Direktkandidaten, dessen Landtagsmandat in Gefahr geriet. Mitglieder eines Bürgervereins fochten die Wahl an, da Backhaus nicht wie angegeben in mecklenburg-vorpommerschen Kreis Boizenburg, sondern im benachbarten Kreis Neuhaus und damit in Niedersachsen lebe. Wie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtet, habe Backhaus die Bezahlung der Anwälte und Gutachter durch Harms nicht gegenüber dem Finanzamt angegeben. Nun droht dem Minister vielleicht ein Steuerstrafverfahren. Zusätzlichen Zorn hat Backhaus auch von seinem bisherigen Förderer hinnehmen müssen. Nachdem dieser erfahren hat, dass Backhaus neben seiner Tätigkeit als Minister eine Doktorarbeit verfasst hatte und der Doktorvater als Berater einer dem Ministerium untergeordneten Einrichtung 14.000 Euro Honorar bezogen hat. Nach Berichten des *Spiegel* hält Harms inzwischen „Backhaus als Minister nicht länger für tragbar.“ *pm*

CDU/CSU für Preisdumping

Mit ihrem hartnäckigen Vorstoß gegen das Preisdumping der Handelsketten fehlen der Verbraucherministerin Renate Künast auch weiterhin wichtige Unterstützer. Zwar fand sie die Unterstützung von vielen Bauern und Verbrauchern und auch von Teilen des Bauernverbandes, aber nach Kanzler Schröder hat auch die Verbraucherschutz-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinen diese Bestrebungen als „unsinnig und falsch“ bezeichnet. Auch Werner Hilde, Präsident des niedersächsischen Landvolks, hatte sich ähnlich geäußert. Ministerin Künast will laut Lebensmittel-Zeitung trotzdem „am Ball bleiben“. *pm*

Rapunzel trennt sich vom Naturkostgroßhandel

Heftige Reaktionen hat die Ankündigung der Rapunzel Naturkost AG ausgelöst, künftig Bio- und Hofläden nur noch direkt zu beliefern. Begründet wird der Schritt mit dem verschärften Preiskampf in der Naturkostszene. Billige Eigenmarken der Großhändler Denree, Naturkost Elkershausen und Weiling hätten zu deutlichen Umsatzrückgängen bei Produkten geführt, die im Wettbewerb mit den Händlermarken stünden. Gespräche mit Handelspartnern seien erfolglos verlaufen. „Aus Verantwortung für die Arbeitsplätze bei Rapunzel und für unsere langjährigen Vorlieferanten und Bauern beobachten wir diese Entwicklung seit Jahren mit Sorge, da die Branche eifrig dabei ist, den Ast abzusägen auf dem sie sitzt“, so Rapunzel in einem Schreiben an Bio-Läden. Der Großhändler Weiling zeigt sich tief enttäuscht, der Bundesverband Naturkost Einzelhandel begrüßt den Mut vom Rapunzel-Chef Josef Wilhelm. Seit Jahren setzt das Unternehmen neben hoher Produktqualität mit entsprechenden Preisen, die auch den Großhändlern gute Umsätze brachte, auf soziale Belange. Mit einem Teil seiner Umsätze werden soziale Projekte bei den Erzeugern gefördert. *pm*

Preiskampf unter Bio-Molkereien

Molkereien unterbieten sich, aber das hebt den Absatz, sondern drückt nur die Preise. Ein Kommentar

Der Bio-Milchmarkt scheint nicht in der Lage zu sein, anders zu arbeiten als der größere konventionelle Bruder. Molkereien unterbieten sich gegenseitig bei den Großabnehmern. Am Ende verlieren alle, vor allem die Bauern.

Eines der jüngsten Beispiele lieferten Rhöngold und Scheitz. Die Rhöngoldmolkerei Fricke im thüringischen Kaltensundheim wollte ihren Bio-Absatz erhöhen, indem sie den Marktführer unter den Bio-Molkereien, die Andechser Molkerei Scheitz (Bayern), bei der Neckarsulmer Handelskette „Kaufland“ unterbietet. Kaufland gehört zur Lidl-Schwarz-Gruppe und hat im Juni 35 „familia“-SB-Warenhäuser der regionalen Handelskette Bremke & Horster, Arnsberg (Nordrhein-Westfalen), übernommen.

Doch die Andechser Molkerei ist seit einiger Zeit selbst nicht in aller bester Verfassung, reduzierte sogar die Bio-Milcherfassung drastisch, um nicht ganz in den Strudel zu geraten. Und so ließ sich Scheitz das Auski-

cken durch Rhöngold nicht gefallen und konterte: Scheitz hat Rhöngold bei Rewe (Handelsmarke „Füllhorn“) unterboten, so dass auf der Füllhorn-Sahne nun nicht mehr der Thüringer, son-

sie sich ein deutliches Eigentor geschossen, zumal sie über Rewe mit Sicherheit weit mehr abgesetzt als sie bei Kaufland an Absatz gewonnen haben dürften. Eine Folge ist, dass die Rhöngoldmolkerei nun im eigenen modernen Werk in der östlichen Rhön keine Bio-Milch mehr verarbeiten, sondern die Bio-Milch, die sie noch absetzen kann, von einer anderen Molkerei verarbeiten lässt, wie es

heißt. Und das, obwohl direkt neben der Molkerei einer der größten Bio-Milchviehbetriebe liegt, der der Rhöngold außergewöhnlich niedrige Erfassungskosten beschert hatte.

Der beschriebene Preiskampf zwischen Rhöngold und Scheitz ist kein Einzelfall. Auch Scheitz und Söbbeke haben sich ähnliches schon geleistet, und andere sind auch keine Unschuldslämmer. Das macht die Sache nicht besser, höchstens ausgewogener. Eine Ursache des Problems ist, dass erheblich mehr Bio-Milch erzeugt wird als die Ver-

braucherinnen und Verbraucher letztlich auch als Bio-Milchprodukte kaufen. Selbst wenn die Bio-Bauern zum letzten Mittel griffen und für zwei Tage keine Milch abliefern würden, sozusagen streikten, würde das die Produktion der Molkereien kaum in Bedrängnis bringen. Allerdings haben die Bio-Milcherzeuger allen Grund, trotzdem darüber nachzudenken. Denn welche Möglichkeiten haben sie schon, auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen: Laut ZMP stieg zwar die Bio-Milchanlieferung an die Molkereien um 16 Prozent auf 339 Mio. kg. Aber der Auszahlungspreis der Bio-Molkereien sank um 4 Ct/kg, im Schnitt! Und die Talfahrt setzte sich in diesem Jahr noch fort.

Dass die gemeinsame Öffentlichkeitskampagne der Umweltverbände mit der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) möglichst viele Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht und zum Kauf von Bio-Milchprodukten motiviert, kann man da nur hoffen. Die Absatzmenge muss insgesamt rauf. Das braucht gemeinsame Anstrengungen.

Ulrich Jasper



Vorher aus Thüringen ...
... und nun aus Bayern.

dern der Bayern-Stempel sitzt (s. Abbildung). Ob die Rhöngolder mit einer solchen Gegenreaktion nicht rechnen haben? Auf jeden Fall haben

Bio-Milch ist mehr wert

Zum momentanen Auszahlungspreis der beiden großen Bio-Molkereien können Bauern kaum noch melken.

Unter den Bio-Milchbauern gärt es. Teils schlechte Heuernte, im Trend durch die EU-Milchmarktreform weiter sinkendes allgemeines Preisniveau für Milch im konventionellen Bereich. Der Auszahlungspreis bei beiden großen Bio-Molkereien Scheitz und Söbbeke liegt gerade mal bei 32 Cent je kg Milch, mit Bio- und mit den Qualitätszuschlägen. Eine Weile kann das ein Hof tragen, aber auf Dauer geht das an die Substanz der Betriebe. „In den letzten sechs Jahren hat sich der Bio-Zuschlag fast halbiert“, so Johannes Berger, der einen Bio-Hof bei Bielefeld bewirtschaftet. Der Sprecher der Bioland-Milchliefergemeinschaft an die Molkerei Söbbeke erklärt, dass die Preise für Bio-Milch in den letzten Jahren gefallen seien, doch die Anforderungen an die Haltung und Fütterungen steigen. Auslaufhaltung und der Beginn der hundertprozentigen Bio-Fütterung machen die Erzeugung von Bio-Milch teurer. Auch der Grundpreis für Bio-Milch sinkt stetig, der konventionelle Preis weist nicht nur im

BSE-Jahr 2001 auch mal Schwankungen nach oben auf.

Bis vor neun Monaten gab es Treffen zwischen Molkereien und den Bio-Bauern, dabei wurden die Preise für die kommenden Monate festgelegt, mal für drei, mal für sechs Monate. Seit diesem Jahr läuft es anders. Die Molkerei zahlt das Milchgeld danach aus, wie sie ihre Milch absetzen konnte. Wie viel das ist, können die Bauern dann im Nachhinein der Milchgeldabrechnung entnehmen. Bei Erzeugungskosten von mindestens 40 Cent je kg Milch sind viele Bio-Bauern deprimiert. Überlegungen, die Milchviehhaltung aufzugeben, in den Nebenerwerb zu gehen, nehmen zu. Ein Marktkenner merkt an: „Statt sich im Auszahlungspreis zu einigen, könnten Scheitz und Söbbeke sich im Preis für den Lebensmittelhandel einigen. Das dauernde Unterbieten des Preises schafft vielleicht kurzfristig Absatz, aber das geschieht auf dem Rücken der Bauern.“

ms

Alles Müller

Theo Müller diktiert die Preise in Sachsen und Bayern, hat seine Molkerei 2002 doch einen neuen Umsatzrekord erzielt.

Auf das Monopol zweier Großmolkereien in Sachsen und den anhaltend niedrigen Milchpreis von 26 Cent wies kürzlich der Deutschlandfunk hin. Eine der Großmolkereien, die nach der Wende stark subventionierte „Sachsenmilch“ in Leppersdorf, gehört dem bayerischen Milchunternehmer Theo Müller. Auf höhere Erzeugerpreise für die Bauern angesprochen, verwies Müller darauf, er sei schließlich „Kapitalist“. Angesichts von 20 Prozent Überschussmilch in der EU täten die Bauern gut daran, sich auf Preise von 22 bis 23 Cent einzustellen. Der Deutschlandfunk verwies darauf, dass kleinere Genossenschaftsmolkereien durchaus höhere Milchpreise auszahlen. Nach Berichten der Tageszeitung *Die Welt* hat Müller als größter privater Milchverarbeiter in Deutschland jedoch 2002 mit 1,78 Mrd. Euro einen neuen Rekord aufgestellt. Auch die Umsatzrendite von 7,4 Prozent übertrafe den Brachendurchschnitt um mehr als die Doppelte. Der Präsident des Landesbauernver-

bands Rentzsch beklagte die Überkapazitäten im Molkereisektor. Die Großmolkereien würden nicht aggressiv genug mit den Handelsketten verhandeln, sondern lieber den Bauern geringere Preise auszahlen.

Unterdes kam Müller wieder einmal mit weiteren seiner Aktionen in die Kritik: mit einer Klage „wegen Nötigung“ gegen eine Tierschützerin, die ihn zu Zuschüssen bei der Umstellung auf artgerechtere Tierhaltung aufgefordert hatte. Und wegen einer Kampagne, in der Dieter Bohlen als „Vorsitzender der Müller-Partei“ allerlei Sprüche über Politiker und seine Ex-Partnerinnen ablässt. Die „Müller-Kampagne des Jahres“ soll demnach lauten: „Ich will Euch bechern sehen!“

Wie wäre es mit einer Bauernkampagne an die Adresse von Müller: „Wir wollen Dich zahlen sehen!“ Schließlich haben vor einiger Zeit auch schon Bauern im bayerischen Aretsried vor Müllers Molkerei für höhere Milchpreise demonstriert.

ril

Ich bin auf der Alp. Schon wieder. Dabei hatte ich doch was ganz anderes vor. Dinge, die ich schon immer mal machen wollte, vielleicht mal wieder wegfahren und Leute besuchen, die mich wohl schon vergessen haben... Und wer steht schon freiwillig den ganzen Sommer um halb fünf auf, arbeitet 14 Stunden am Tag und schläft nur fünf, rennt bei jedem Wetter stundenlang Berge rauf und runter, stemmt drei

Betriebsspiegel:

200 ha Grünland,
72 Milchkühe und 100 Mutterkühe,
12 Mastschweine und 1 Hütehund
Die Alp liegt zwischen 1700 und 2300
m über NN und wird von vier Perso-
nen, Milchkuhhirtin, Mutterkuhhirtin,
Zusennin und Sennin bewirtschaftet.

Tonnen Käse am Tag und teilt auch noch Zimmer und Tisch mit genauso Verrückten? Ich anscheinend, und noch viele andere.

So sind wir von Juni bis Mitte September hier auf 1800 m ü.N.N., melken 70 Kühe, kümmern uns um 100 Mutterkühe (400 m weiter oben) und verkäsen im Sommer 50.000 Liter Milch. Unser Tag beginnt um halb fünf und endet oft erst um neun. Anfangs ist neben den Routinearbeiten tagsüber keine Zeit für Aktionen wie Tränken umbauen oder Rinder gegen das allgegenwärtige Panaritium zu behandeln, und so muss man halt abends nach dem Melken noch mal los. Das ist der Anfang. Dann gibt es weniger Milch, die ersten Kühe werden galt (trocken) gestellt, es

entsteht plötzlich eine Mittagspause und irgendwann kann man sogar mit dem Käsen einen Tag aussetzen. Und sowieso, man kennt sich aus und die Arbeit geht leichter und schneller von der Hand.

Wir genießen die Aussicht auf das Tal und die vielen Alpen gegenüber, wo jetzt andere ÄplerInnen arbeiten und ihren ganz besonderen Sommer erleben. Wir sitzen am Lagerfeuer, unterhalten uns über Kühe, Bauern und das Wetter. Und das ist entweder zu kalt oder zu warm, zu trocken oder zu nass. Hier in den Bergen ist es einfach extrem, und sehr schnell. Gewitter sind unberechenbar und Schnee kann es in jedem Sommermonat geben. Nur diesen Sommer wohl nicht. Wie überall ist

es auch hier viel zu trocken. Es hat im Frühjahr kaum geregnet und nach einem verfrühten Alpauftrieb, weil das Futter schon so weit war, sitzen wir jetzt auf dem Trockenem. Das Futter geht zu Ende, Wasser ist ein kostbares Gut. Da muss man schon abwägen, ob die Kühe auf der Nachtweide wirklich Wasser brauchen, wenn man dafür in der Hütte auf dieses verzichten muss. Es wird wohl ein kurzer Sommer. Auf manchen Alpen ist er schon zu Ende. Lernen kann und muss man auf der Alp eine Menge, wichtige und manchmal nur hier wichtige Dinge, und vor allem lernt man sich und seine Grenzen kennen. In allen Bereichen, ob körperlich, psychisch oder einfach zwischenmenschlich. Irgendwo ist Schluss. Zum dritten Mal schafft man es an einem Tag nicht auf den Berg. Irgendwann muss man die Verantwortung abgeben, an den Tierarzt oder den Bauern. Und irgendwann sind auch alle noch so netten Besucher und Mitälplerinnen einfach zuviel.

Aber der Sommer und die Berge machen mich glücklich. Dieses Gefühl wird es wohl sein, was mir im Frühjahr wieder das Kribbeln beschert, was die Sehnsucht weckt nach der Freiheit und der schönen Natur, nach dem wahren Leben. Also werde ich wahrscheinlich noch ein paar Sommer zugunsten dieser ganz besonderen drei Monate auf etwas anderes verzichten, mich von einigen als Verrückte abstempeln lassen und mir den Wind um die Ohren wehen lassen. *Steffi Schaeffler, 24 Jahre*

Grenzen kennen lernen

Unsere Traktoren sind alt, steinalt. Wir haben deren fünf Stück und alle sind bereits volljährig. Ein guter Teil reicht sogar an meine 26 Lenze heran. Zu verdanken haben sie ihre mechanische Fitness jedoch nicht dem pfleglichen Umgang, im Gegenteil, werden ihnen doch so unadäquate Behandlungen wie ganzjährige Freilandhaltung zuteil. Die Ausdauer der Stahlrosse danken wir einem Mann aus unserem Dorf: dem Schmied Sepp. Wobei die Bezeichnung Schmied seine Fähigkeiten nur unzureichend umschreibt. Allroundmechanikmotorgenie allerdings ist für die unberedete bayerische Landbevölkerung zu anstrengend, außerdem weiß sowieso jeder, wer er ist und was er macht, der Schmied.

Er hat eine Ein-Mann-Landhandel-Werkstatt und repariert und installiert alles für seine anspruchsvolle Kundschaft, zu der wir gehören: zum Beispiel Pumpen, Klos, Wäscheständer, Segelschiffe, Wohnmobile, Wasserleitungen und Traktoren – die auch. Sepp arbeitet nach zwei Prinzipien. Das erste ist „das richten wir schon noch einmal“, das zweite lässt er unausgesprochen, doch jeder weiß es: „Hoffentlich muss ich nix bestellen.“ Das Profil seines rechten Zeigefingers ersetzt den 17er Ringschlüssel, die linke Hand fungiert als Kombizange. Wenn er durch ineinanderhaken, drehen und kurbeln seiner Arme und Hände versucht, mir technische Abläufe zu erklären, stellt er alle meine gewesenen Physiklehrer in den Schatten. Bläuli-



Das richten wir

ches Schwarz beherrscht die Werkstatt, von der zahllose Türen in diverse Lager, Montagekammerchen und Metallvorratsräume zu führen scheinen. Sepps wahre Qualitäten erstrecken sich jedoch nicht nur darauf, die ältere Generation unserer motorisierten Ausstattung als tägliche Herausforderung anzunehmen, während die Hochglanzprospekte neuer Fahrzeugtechniken in ölverschmierten Schubladen ausharren müssen.

Sie weisen sich aus in einer ihm selbstverständlichen sozialen Funktion, die vor allem an kalten Wintertagen deutlich wird. Dann sind die Scheibenfenster der Werkstatt beschlagen vom Dampf der vielen Mäuler, die zusammen die Köpfe über die Fachhandelskataloge stecken und übers vergangene Jahr und die Welt schlechthin fachsimpeln.

Doch warum schreibe ich das Ganze hier?

Um einer Zahl ein Gesicht zu geben: Der Sepp ist nur einer von 136.000 Menschen, die im vorgelagerten Bereich der Landwirtschaft ihrem Beruf nachgehen. Wobei mir der Begriff „vorgelagerter Bereich“ bei unserem Schmied gar nicht zu passen scheint. Er lebt mehr in einer Symbiose mit den Bauern, der Dorfgemeinschaft und allen in der Nähe wohnenden Bürgern, die einen Rasenmäher besitzen.

Auch der Sepp kann am Kundenprofil seiner Werkstatt mühelos den Strukturwandel verfolgen, doch seine Flexibilität und hundertprozentige Auslastung lassen ihn gelassen in die Zukunft blicken. Aber ob es ihn in der nächsten Generation noch gibt, den Dorfschmied, der auch nach sechs Uhr,

Betriebsspiegel:

Bioland Vollerwerbsbetrieb in Oberbayern
30 ha Grünland, 20 ha Ackerland/ Futterbau, und 7 ha Wald
40 Milchkühe (Fleckvieh) mit Nachzucht im Tiefstreulaufstall

ohne Handy, erreichbar ist, wenn unter der Ernte eine Maschine ausfällt, oder der sich am Sonntag einer geplatzten Wasserleitung annimmt – das hängt im weiten Sinn von der Weiterentwicklung des Milchpreises ab, hier in unserer noch kleinstrukturierten Grünlandregion zumindest.

Was sollen wir dann tun – ohne so einen Mechanikjongleur – BayWa-Kunde werden vielleicht? Vielleicht.

Maria Willeit

USA: Höhere Milchpreise durch Mengenreduzierung?

Milchviehalter in USA wollen gemeinsam freiwillig weniger Milch erzeugen, um den Erzeugerpreis von 22 auf 23 Cent pro kg zu drücken.

Dieses Programm „Cooperatives Working together“ hat die National Producers Federation (eine Vereinigung von Milch-Genossenschaften) ins Leben gerufen. Wer einen Teil seiner Kühe schlachtet oder anders füttert oder auf Wachstumshormone verzichtet, bekommt dafür eine Vergütung. Mittlerweile machen laut AgriHolland etwa 75.000 Milchviehalter mit, das sind etwa 70 Prozent der amerikanischen Milch-erzeuger, damit soll die Jahresmilchmenge um 0,7 Prozent sinken. pm

Bauernverband bei Milchaktionen gefordert

In einem dlz-Leserbrief hat Stefan Mann, Interessengemeinschaft für bessere Milchpreise, die Unterstützung des Bauernverbands eingefordert. Den Protest gegen niedrige Milchpreise dürfe man nicht einschlafen lassen, sondern konsequent weiterführen – z.B. durch Anprangern der unsolidarischen Molkereien, die bei den Preisverhandlungen mit Aldi eingeknickt seien (z.B. Campina und MUH). Mann fordert flächendeckende, bundesweite Blockaden aller Auslieferungslager des Lebensmittelhandels. pm

Gesunder und rentabler Weidegang

Die Weidehaltung bei Kühen ist nach wie vor konkurrenzfähig gegenüber der Stallhaltung. Das ergab laut DLG-Mitteilungen eine vierjährige Studie an der North Carolina State University (USA). Die Laktationsleistung bei Stallhaltung ist im Stall mit 6.981 kg Milch höher als auf der Weide (6.228 kg), aber die geringeren Futterkosten und Abgangsraten sowie die gute Gesundheit auf der Weide gleichen dies wieder aus. pm

Wenig Weltmarkt

Die deutschen Exporte von Gütern des Agrarsektors bzw. der Ernährungsindustrie gingen im Jahre 2002 in folgende Länder (in Klammern Wert in Milliarden Euro): Niederlande (4,3), Frankreich (3,3), Italien (3,3), Großbritannien (2,0), Österreich (1,9), Belgien (1,6), Spanien (1,5) und Dänemark (1,0). Im Vergleich mit diesen Ausfuhrungen innerhalb des EU-Binnenmarkts nehmen sich die oft als wichtig propagierten „Weltmarktexporte“ in Drittländer eher bescheiden aus: es gehen nämlich Waren im Wert von jeweils 0,9 Mrd. Euro nach Russland und in die USA. pm

Angstfreie Milchleistung

Angst verursacht bei Kühen Stress und negative Einflüsse auf die Milchleistung. Umgekehrt ergab ein Versuch, dass geschultes Personal (hinsichtlich Einstellung und Verhalten gegenüber den Kühen) zu höherer Milchleistung sowie Fett- und Eiweißgehalten führte. Das Treiben der Kühe verlief laut DLG-Mitteilungen wesentlich ruhiger, die verringerte Fluchtdistanz der Kühe wies auf weniger Angst hin. pm

Molkereien schützen Discounter vor Bauernprotest

Bei einem Treffen des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg (LBV) mit dem Molkereien ging es um die Protestmaßnahmen vieler Bauern vor den Filialen der Discounter, die sich gegen das Verramschen von Milch zu Schleuderpreisen richteten. Beide Parteien lehnten dabei die Idee eines Milchstreiks ab – stattdessen schlugen die Molkereien den Bauern vor, die Kälber künftig mit Vollmilch zu ernähren. Die mit der Aktion „Lebensmittel sind mehr wert“ verbundenen Protestaktionen halten die Molkereien auch für bedenklich: Der Discounthandel, dessen Marktanteil im Wachsen sei, müsse „im freien Wettbewerb“ als Partner akzeptiert werden. Der LBV, der in seiner Verbandszeitung diese Molkerei-Argumente als „einleuchtend“ bezeichnete, schlug aber immerhin vor, die Überschussmengen bei der Milchquotenregelung vorübergehend zurück zu fahren. pm

American Agrobusiness

In der Liste des Handelsblatts über die 100 größten US-Unternehmen finden sich auch in diesem Jahr zahlreiche Firmen aus dem Agrobusiness: so die Getreide- und Rohstoffhändler Cargill und ADM, der Fleischkonzern ConAgra, der Agrartechnik-Hersteller John Deere, die Ernährungsindustrie-Firmen Altria (vormals Philip Morris) und Sara Lee, die Getränkehersteller Coca Cola und Anheuser-Busch, die Agrarchemie-Hersteller Dow Chemical und Du Pont sowie 13 Handelskonzerne, angeführt von Wal-Mart, dem größten Unternehmen der USA. pm

KURZES AM RANDE

Kaufland übernimmt Famila

Mit den Famila-Märkten trifft es wieder mal das Mittelfeld. Eine Würdigung und viele offene Fragen für die Zukunft

Normale SB-Märkte haben es zunehmend schwerer, urteilt die Presse. Und Famila hatte sich ja noch Mühe gegeben, sich als Günstig-Anbieter zu profilieren. So berichteten wir im Februar über Dumping-Aktionen wie der Liter Milch zu 24 Cent. Und im April dann über Schweinemäster aus den Kreisen Soest und Warendorf, die nach genauen Vorgaben unter der Qualitätsmarke „Arnsberger“ an Famila liefern wollten. Ihnen wurde gekündigt, weil „Arnsberger“ nun etwas günstiger aus dem Emsland kam.

Zum 2. August hat die sauerländische Firmengruppe Bremke & Hoerster, eines der größten westfälischen Handelshäuser, alle 35 Famila-Standorte, davon 28 in Nordrhein-Westfalen, an Kaufland verkauft. Die SB-Warenhauskette Kaufland gehört ebenso wie der Discounter Lidl zum Imperium des Multimilliardärs Dieter Schwarz, der von Neckarsulm aus einen Gesamtumsatz von 23 Milliarden Euro mit 75.000 Mitarbeitern lenkt. Zum Vergleich: Zusammen mit den Combi-Supermärkten kam Famila im Jahr 2002 auf einen Umsatz von 1,055 Milliarden Euro bei 3.150 Beschäftigten. Typisch für Kaufland, das sich als „Markenartikel-Discounter“ bezeichnet, sind Großflächen bis zu 12.000 Quadratmetern, eine schlichte Präsentation und ein breites Sortiment.

Wieviel Platz in den ehemaligen Famila-Märkten nun für Öko-Produkte vorbehalten bleibt, muss abgewartet werden. Hatte Ministerin Bärbel Höhn doch bei der Einführung des ersten Kundenleitsystems zu Öko-Produkten im Jahr 2001 die Vorbildfunktion der Lebensmittelkette Fa-

mila betont: „Sie ist Vorreiter im Einsatz von ökologisch erzeugten Produkten in ihren Märkten, im Absatz von Lebensmitteln aus der Region, in der klaren Kennzeichnung von Lebensmitteln ohne Gentechnik ...“. Auch Herr Bönnemann, Vertriebsleiter der Marktgenossenschaft der Naturland Bauern e.G. in Lippetal-Lippborg bescheinigt Famila ein großes Interesse an Öko-Produkten. Mit einem vielschichtigen Sortiment von 80 Produkten waren die Naturland Bauern bei Famila vertreten. Ob diese Produkte nun auch bei Kaufland gelistet werden, wird sich erst nach einer Testphase von bis zu einem Jahr entscheiden. Ein durchaus übliches Verfahren im Lebensmitteleinzelhandel. So beschicken die Naturland Bauern zunächst einen Testmarkt. Die Zusammenarbeit muss neu initiiert werden. Bereitschaft seitens Kaufland sei schon da, so Herr Bönnemann, aber wenig Kenntnis. Der Erklärungsbedarf sei hoch. Doch er gibt sich als Berufsoptimist: Ohne Engagement gehe eben nichts. „Derzeit bin ich gelassen“, urteilt er, „weil man noch mit uns spricht“. Und auch die Kaufland Stiftung & Co. KG hält sich alle Optionen offen, wie die Presseabteilung auf die Anfrage der Bauernstimme mitteilen lässt: „...Das Verkaufskonzept von Kaufland bietet, wie Sie sehen, grundsätzlich Raum für solche Produkte und Konzepte, wenn sie über entsprechende Kundenakzeptanz verfügen“. Und die Schweinemäster, denen von Famila gekündigt wurde? Nun, da sollen auch Verhandlungen mit Kaufland laufen. Es ist eben alles offen nach dem Crash. we

3.300 Milchkühe ohne Einfluss auf Region?

Nach wie vor hält die niedersächsische Landesregierung an ihrem Plan fest, im Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalau“ einen der größten Milchbetriebe Deutschlands zu genehmigen: 6.600 Rinder sollen dann auf einem Betrieb im Kreis Lüneburg gehalten werden. Auswirkungen auf die in der Region vorhandene Struktur und die dort ansässigen Milchviehbetriebe sieht das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium nicht. Schließlich habe der Unternehmer bereits genügend eigene Flächen, auch der notwendige Erwerb von Milchquoten über Milchbörsen „entfaltet keine direkten Auswirkungen in der Region“, so das Ministerium in seiner Antwort auf die Anfrage der niedersächsischen Grünen. Diese sehen das anders: „Bei dem hochkonzentrierten Angebot (Milch von 3.300 Kü-

hen) ist ein tendenzielles Sinken des lokalen Milchpreises zu erwarten, was natürlich Auswirkungen auf die regional ansässigen Milchproduzenten hätte, die im Kreis Lüneburg überwiegend mit Bestandsgrößen zwischen 30 bis 99 Milchkühen wirtschaften“, so die Abgeordneten Hans-Jürgen Klein und Andreas Meihies. Sie kritisieren weiterhin die verkürzte Sichtweise auf den Erwerb der Milchquoten. Milchquoten in dieser Größenordnung werden durch den Kauf von ganzen Milchviehbetrieben erworben.

Zusätzlich soll dort eine Biogasanlage errichtet werden, in der jährlich 150.000 t organische Stoffe verarbeitet werden sollen. Das Ministerium hält es mit der Zielsetzung des Biosphärenreservats entsprechend, eine Biogasanlage einzurichten. ms

Klagen wegen Gentechnik

Die USA verklagt die EU, die EU verklagt Deutschland und Bio-Bauern, Umweltschützer und Verbraucher kritisieren unzureichende Regeln für das Nebeneinander von Gentechnik-Landwirtschaft und herkömmlicher Landwirtschaft

Nach jahrelangem, fast schon jahrzehntelangem, Zerren dachte wohl so manch einer in der EU-Kommission nun ein neues und weniger umstrittenes Kapitel in der Geschichte der Gentechnik aufzuschlagen. Im Juli hatten sich die Agrarminister der EU auf die letzte Genehmigung der Regeln für eine umfassende Kennzeichnung für Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln einigen können. Ab September tritt diese Verordnung in der ganzen EU in Kraft. Diese Regeln sind den Exporteuren aus den USA aber erneut ein Dorn im Auge, klagen doch die USA vor der WTO schon wegen dem langjährigen Importstopp für gentechnische Lebensmittel in die EU. Was die EU als Entgegenkommen und als Ende des Import- und Anbaumoratoriums versteht, endlich eine klare Kennzeichnungsvorgabe, sehen in den USA die Gentech-Unternehmen als weiteres Handelshemmnis. So haben die USA nun im Streitverfahren vor der WTO im zweiten Schritt der Auseinandersetzung ein Panel beantragt, nachdem die Konsultationen im ersten Schritt aus Sicht der USA gescheitert sind. EU-Handelskommissar Pascal Lamy hingegen hält die EU-Regeln für Gentechnik für „klar, transparent, vernünftig und nicht diskriminierend.“

Schärfere Regelungen notwendig

Fast unbeachtet blieb die wenige Tage zuvor vor dem Europäischen Gerichtshof eingereichte Klage von der EU-Kommission gegen Deutschland und zehn weitere Mitgliedstaaten. Der Vorwurf ist, dass die Staaten versäumt haben rechtzeitig Gesetze über die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen zu verabschieden. Ein Entwurf kreist schon zwischen den verschiedenen Bundesministerien in Berlin, aber bis heute liegt noch kein offizieller Text auf dem Tisch. Unklar

ist, wieweit sich Landwirtschaftsministerin Renate Künast mit ihren Vorstellungen, der Gentechnik-Landwirtschaft enge Auflagen zu machen, gegenüber dem Gentechnik befürwortenden Kanzler und der SPD durchsetzen wird. Geht es nach Künasts Vorstellungen, soll es ein Anbaukataster geben, in dem Landwirte einige Wochen vor der Aussaat angeben müssen, wann sie auf welchem Schlag welche Gentechniksorte aussäen wollen, Schutzstreifen und Mantelsaaten sollen den Pollenflug auf benachbarte herkömmliche Felder absenken. Noch ist nach Künasts Plänen für Öko-Bauern

und Händler eine Klagemöglichkeit für Vermarktungsverluste wegen gentechnischer Verunreinigung vorgesehen. Das geht dem Forschungs- und dem Wirtschaftsministerium zu weit, sie sehen Nachteile für die deutsche Biotechnologie-Industrie. Erste Entwürfe zu dem Gesetz präsentierte Künast als Umsetzung der von EU-Agrarkommissar Franz Fischler ebenfalls im Juli veröffentlichten Leitlinien für die Koexistenz von herkömmlicher und Gentechnik-Landwirtschaft. Darin macht Fischler vage Aussagen, wie das Nebeneinander aussehen könne, zu unterschiedlich sei die Landwirtschaft zwischen Finnland und Spanien. Darüber spottet der agrarpolitische Sprecher der Umweltorganisation BUND Hubert Weiger: „Vom Treckersitz bis zur Spritzdüse regelt die EU alles, geht es aber um den Schutz der Bauern und Verbraucher, zieht sie sich plötzlich aus der Affäre.“ In die Offensive gingen die Öko-Anbauverbände Demeter und Bioland. So wie im Ökolandbau über eine EU-Verordnung geregelt sei, wie vermieden und vor allem kontrolliert wird, dass keine gesundheits- und umweltschädlichen Stoffe in die Öko-Produkte gelangen, müsse für die Gentechnik geregelt werden, dass keine gentechnisch manipulierten Organismen auf andere Produkte übergreifen, fordert der Bioland-Vorsitzende Thomas Dosch. ms



Aus der Traum: Die Schafe der schottischen Firma PPL Therapeutics werden geschlachtet. Der Firma, die auch an der Entwicklung des Klonchafs Dolly beteiligt war, wird vom Geldgeber, dem Gentechnikkonzern Bayer AG, das Geld gestrichen. In der Schafsmilch sollte ein Medikament gegen eine Lungenkrankheit enthalten sein. Foto: Eisenberg.

Edeka legt vor

Mit einem breiten Einstieg in das Angebot von gentechnikfreiem Schweinefleisch verschafft sich Edeka Nord einen Vorsprung bei Verbrauchern, deren Ablehnung gegenüber Gentechnik im Essen ungebrochen hoch bleibt.

Erzeugungsrichtlinien für dieses Fleisch verbieten selbst den Einsatz von Futtermittelzusatzstoffen, die mithilfe von Gentechnik hergestellt werden.

Futtermittelhändler können liefern

Edeka Nords Geschäftsführer Rolf Heidenberger ist für die neue Gutfleisch-Schiene eine ungewöhnliche Allianz mit der Umweltschutzorganisation Greenpeace eingegangen. Lebensmittelhandel, Futtermittelfirmen und Landwirte an einem Tisch mit Greenpeace stellt für Heidenberger eine Chance dar, flächendeckend eine Vormachtstellung am Markt zu erobern. Schließlich wird Gentechnik im Essen von 75 Prozent der Verbraucher abgelehnt und 70 Prozent der Bauern wollen keine Gentechnik anbauen. Gegen den

Willen der Verbraucher zu produzieren hieße, am Markt vorbei zu produzieren, so Heidenberger. Erstaunlich ist, dass der Lebensmittelhandel die Mehrkosten für die Fütterung trägt und sie nicht auf die Bauern abwälzt.

Bei der großen Nachfrage an Futtermitteln lohnt sich der Export von gentechnikfreiem Soja aus Nordbrasilien. Nun liefert das in den Nitrofenskandal verwickelte Unternehmen GS agri gentechnikfreies Soja an die Mäster. Auch Raiffeisen Nord garantiert solche Futtermittellieferungen. Was hingegen noch aus-

steht, ist ihre Antwort an die AbL: Im Frühjahr besuchten Bäuerinnen und Bauern die Zentrale der Genossenschaft in Hannover und forderten gentechnikfreies Saatgut, um dann auch gentechnikfreie Ernten abliefern zu können.

Reaktionen:

Andere Ketten des Lebensmitteleinzelhandels reagieren zurückhaltend auf den Vorstoß Edekas. Selbst im eigenen Haus plant niemand, Edeka Nord zu folgen. Nach der *Lebensmittelzeitung* können Edeka Südwest und Edeka Minden-Hannover zur Zeit keine Gentechnikfreiheit garantieren. Aus den norddeutschen Schweineerzeugergemeinschaften sind jedoch schon erste Überlegungen zu vernehmen, sich der gentechnikfreien Fütterung anzuschließen. Der Markt dafür ist da. ms

Mit 25,2 Mrd. Euro Umsatz ist die Edeka/AVA-Gruppe der drittgrößte Lebensmitteleinzelhändler in Deutschland. Wenn Edeka Nord seine 120.000 gentechnikfrei gemästeten Schweine verkauft, ist das ein Fünftel seiner bislang umgesetzten Schweine. Vermarktet werden die Tiere unter der Marke Gutfleisch, die 1989 eingeführt wurde und seit 1996 auch eine Bio-Schiene umfasst.

Nach monatelangen Vorarbeiten startete Mitte Juli mit Edeka Nord endlich eine große Kette des Lebensmittel-einzelhandels mit dem Angebot von gentechnikfreiem Fleisch. Genauer gesagt, die Schweine werden garantiert ohne gentechnisch verändertes Soja gefüttert und das wird nun beworben. Drei Erzeugergemeinschaften können heute schon 120.000 gentechnikfrei gemästete Schweine liefern. Die Landwirte unterschreiben Verträge mit Edeka Nord, darin verpflichten sie sich, nur gentechnikfreies Soja zu verfüttern. Unabhängige Institute untersuchen die Futtermittel, kontrolliert wird weiterhin stichprobenartig. Damit geht Edeka Nord klar über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus. In der EU ist zwar die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln verschärft worden, aber Milch und Fleisch von Tieren, denen gentechnisch verändertes Futter vorgelegt wurde, muss weiterhin nicht gekennzeichnet werden. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnikfreies Fleisch essen wollen, konnten sie bislang auf Bio- oder Neulandfleisch zurückgreifen. Die

Rückblick auf Neuland

1987 Der Deutsche Tierschutzbund will ein praktisches Projekt in der artgerechten Tierhaltung starten. Zeitgleich beginnt die Planung für das Pilotprojekt Hellweg Naturfleisch bei Unna und startet mit sechs Höfen.

1988 Der Dachverband der deutschen Agraropposition wird gegründet (der Vorläufer des AgrarBündnisses). Im September gründen AbL, Biko Agrarkoordination, BUND, Deutscher Tierschutzbund und Verbraucher Initiative den „Neuland-Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung“.

1989 Im Januar wird die Neuland-Geschäftsstelle in Bonn eingerichtet. Im Februar eröffnet die erste Neuland-Metzgerei in Göttingen, das Studentenwerk Osnabrück wird mit Neuland-Fleisch beliefert. Der Hof von Wilhelm Ecker wird als erster Neuland-Betrieb anerkannt. Das Neuland-Markenfleischprogramm erhält den Preis „Deutsches Umweltschutzprojekt 1989“ von Umweltminister Klaus Töpfer.

1990 Nun werden drei Absatzwege beschriftet: Metzger, Direktvermarktung und Fleischvertriebs-GmbH. Der Vorläufer von Neuland Lüneburg, die EVG Ostheide Wendland, liefert an erste Großverbraucher wie das städtische Krankenhaus Lüneburg und zunehmend nach Berlin.

1991 Anschaffung der ersten Kühl-LKWs in Niedersachsen. In Nordrhein-Westfalen wird ein kleiner Zerlegebetrieb eingerichtet. Gründung der Neuland GmbHen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Zum ersten Mal präsentiert sich Neuland auf der Grünen Woche in Berlin.

1992 Ausweitung des Programms auf Rindfleisch und Lämmer aus reiner Wanderschafhaltung. Aufnahme einzelner Betriebe aus Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

1993 Neuland bietet erstmals Eier aus Freilandhaltung.

1994 In Baden-Württemberg wird eine Geschäftsführerstelle eingerichtet. Erste Höfe werden dort anerkannt.

1998 Der Neuland-Geflügelschlachthof Langfeld in Warpe wird eröffnet.

1999 In Nordrhein-Westfalen zieht der Zerlegebetriebs auf die Ökologiestation Bergkamen ein.

2001 AbL-Bundesvorstand und die Mitgliederversammlung beschließen die Anhebung der Obergrenzen und Betriebsgrößen.

2002 Neuland startet die Kampagne „Artgerecht nur mit Ringelschwanz“ unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Renate Künast.

2003 Neuland erhält vom Ökotest-Magazin die Auszeichnung „Sehr gut“ und feiert seinen Geburtstag.

Neuland feiert Geburtstag

Vor welchen Herausforderungen steht das einzige Markenfleischprogramm aus bäuerlicher Hand heute? Welche Aufgaben stehen bei Neuland an, um weiter erfolgreich wirtschaften zu können?

Drei Neuland-Berater und -Vermarkter geben Antworten:

Fünfzehn Jahre sind ein stolzes Alter für das Markenfleischprogramm Neuland, das Tiere aus artgerechter und bäuerlicher Tierhaltung vermarktet. Andere Programme stiegen innerhalb kurzer Zeit auf und näherten sich teils mehr oder weniger schnell wieder dem Ende. Mit 15 Jahren stehen andere auf dem Höhepunkt der Pubertät und erlauben sich Flachsen, Neuland ist immer bedächtig gewachsen.

„Aber wir haben es geschafft, Bauern einen anständigen Deckungsbeitrag zu sichern“, so Matthias Minister von Neuland-Süd. Gleich zu Beginn berechnete man den Preis für das Kilo Schlachtgewicht nach den Aufwendungen der Bauern. Neuland wurde von Bauern und Verbänden entwickelt. So ist es kein Zufall, dass die Neuland-Höfe und die Vermarktungszusammenschlüsse in den Regionen entstanden, in denen sich Bauern für die artgerechte Erzeugung interessierten. Eine Ausnahme ist Neuland-Süd, dort ist die Vermarktung ein Einzelunternehmen, da sich die Bauern dort zurückhaltend gegenüber der Gründung einer GmbH zeigen.

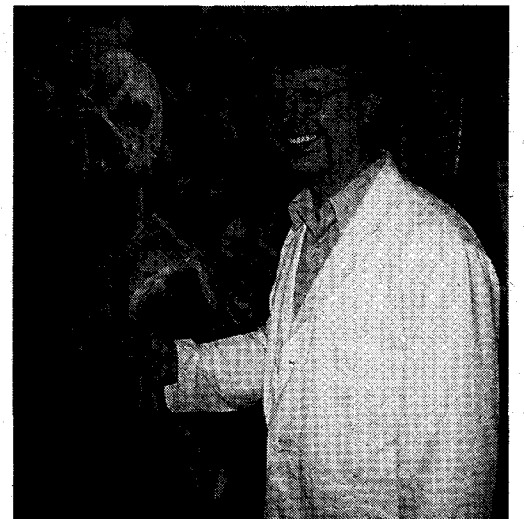
„Vermarktete artgerechte Tierhaltung“

Für Hugo Göde von Neuland-Westfalen hat der Erfolg des Programms viel mit den Personen, ob Geschäftsführer oder Vorstände, zu tun. Das sehe man auch an anderen Erzeugergemeinschaften. Hinzu kommt: „Wir kamen aus der Bauern-Ecke, andere Markenfleischprogramme entstanden auf Initiative von Futtermittelfirmen oder Schlachthöfen“, erklärt Hugo Göde den Erfolg des Programms. Dabei wurden immer die Zahlen im Auge behalten, so die Mitarbeiter von Neuland. Als Neuland als Idee geboren wurde, gab es in den Medien über den Kälberskandal umfangreiche Berichte. Dass diesem Skandal noch weitere folgen würden, schätzten die Gründer von Neuland richtig ein. „Im Marketing waren wir Anfänger“, so Hugo Göde, „auch in der Vermarktung gab es einiges zu lernen. Ich bin kein geborener Fleischvermarkter, bis heute verkaufe ich artgerechte Tierhaltung.“

„Durch die Mitgliedsverbände von Neuland war es einfacher für uns, Neuland bekannt zu machen“, fährt er fort. Verbände wie die AbL, der BUND, die Biko Agrarkoordination, der Deutsche Tierschutzbund und die Verbraucher Initiative beherrschen die Regeln der Öffentlichkeitsarbeit.

Wie Weiter?

Wenn die Bio-Höfe in einigen Jahren ihre verschärften Richtlinien in der Tierhaltung umgesetzt haben werden, gibt es endlich auch für alle Tiere im Ökolandbau Ausläufe. Auszeichnen wird Neuland dann vor allem die bäuerliche Haltung. Kein anderes Programm schreibt Bestan-



Der Neuland-Vermarkter Hugo Göde erklärt Gründe für den Erfolg von Neuland. Foto: Archiv

des- und Flächenobergrenzen vor. Auch die Konzentration auf heimische Futtermittel zeichnet Neuland aus. Vor allem in Niedersachsen arbeitet Neuland daran, auch die Regionalität stärker zu verankern: Um unerwünschte Beimengungen auszuschließen, wird dort im Rahmen der Modellregion Wendland-Elbtal ein regionales Futtermittelwerk aufgebaut. Das schafft Transparenz für Verbraucher und schützt Bauern vor möglichen Skandalen. Bernd Kuhn, Neuland-Berater aus Niedersachsen, sieht das nur als ersten Schritt: „Kontrollen alleine reichen nicht, um zum Beispiel gentechnische Beimengungen auszuschließen. Es geht darum, dass bekannte und regionale Futtermittelkreisläufe eingerichtet werden.“ Hier ist Neuland mal wieder Vorreiter, in den 90er Jahren in der Frage der Artgerechtigkeit und in der Zukunft in der Regionalität. Regionalität umfasst nach den bisherigen Richtlinien von Neuland auch schon die Entfernung zum Schlachthof, mehr als vier Stunden dürfen die Tiere nicht transportiert werden. Dass die Richtlinien und die Haltungsverfahren weiterentwickelt werden müssen, ist unumstritten. Denn „in Bezug auf die Richtlinien ist der Vorsprung in der artgerechten Tierhaltung aufgebraucht, aber in der Praxis ist Neuland immer noch das Beste, was wir haben“, so Bernd Kuhn. ms

NEULAND
lässt die Sau raus
15 Jahre artgerechte Tierhaltung

Fest am 4. Oktober
von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

auf dem Hof des NEULAND-Landwirts Fritz Engelke,
Maaßweg 33 in Hannover-Langenhagen.

mit Verbraucherschutzministerin Renate Künast und
dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister
Hans-Heinrich Ehlen

Geboten werden Hofbesichtigung, Kulinarisches von Grill
und Theke, ein „Workout“-Programm für Erwachsene und
Kinder mit Strohboxen, Stall-Ausmisten und Strohballenklet-
tern, Musik und Informationen rund um artgerechte Tierhal-
tung, Umweltschutz und Ernährung.

Weitere Infos: www.neuland-fleisch.de

Neuland 2018

- Ein Science-Fiction über die nächsten 15 Jahre Neuland

Wir schreiben das Jahr 2018: Die Europäische Union hat inzwischen 37 Mitgliedstaaten und Joseph Fischer ist erster EU-Regierungschef. Das reguläre Rentenalter beträgt 75 Jahre und danach steht jedem EU-Bürger die Einheitsrente von 305,50 Worlds zu – 1 World entspricht seit der Weltwährungsreform 1,9456 früheren Euros. Da es kaum mehr Erdöl gibt, fahren wir überwiegend mit Wasserstoff betriebenen Autos.

Wir befinden uns heute auf der Festveranstaltung zum 30jährigen Bestehen des Qualitätsfleischprogramms Neuland. Neuland-Bauern und Neuland-Metzger aus Deutschland, Frankreich, Polen, Österreich, Tschechien und Italien feiern gemeinsam. Aus diesem Anlass blicken wir auf die letzten 15 Jahre zurück, um auf zu zeigen, wie alles kam:

des Neuland e. V. erfolgt die Umbenennung des Neuland-Vereins. Er heißt jetzt im Untertitel „Verein für menschen-, tier- und umweltgerechte Lebensmittel“. Dahinter steht die Ausweitung des Programms: Die Neuland-Bauern vermarkten jetzt auch Milch und Getreide, Obst und Gemüse unter dem Neuland-Zeichen.

(Hermannsburg) und Stark (Villingen-Schwenningen) gründen die „Premium Neuland“, eine Vertriebsgesellschaft für erlesene Neuland-Fleischerzeugnisse. Der neue luftgetrocknete Schinken von „Premium Neuland“ wird beispielsweise nur von freilaufenden polnischen Neuland-Wildschweinen (Gehegewild) gewonnen und 18 Monate (!) gereift.

Sanktionskatalogs voll nutzen. In der Folge der Skandalmeldungen werden 16 Neuland-Fleischern die Lizenzen entzogen, insgesamt werden 2,2 Millionen Worlds Konventionalstrafen verhängt, die Kontrollen werden verschärft.



23. Februar 2008: Die „Genossenschaftliche Neuland-Molkerei Cloppenburg“ vermarktet jetzt Joghurt und Käse in abgepackter Form an vorerst 214 Niederlassungen der „Reali-Gruppe“ (ein Zu-

1. Januar 2010: Der Strukturwandel bei den Neuland-Fleischern schreitet fort, wie der Jahresbericht des Neuland e. V., Sektion Deutschland, feststellt: Von den 585 deutschen Neuland-Fleischerfachgeschäften gehören 384 zu den acht größten Neuland-Filialisten. Die meisten Geschäfte betreiben diese Neuland-Filialisten in den Vorkassenzonen der „Reali-Märkte“. Mehr als 100 Neuland-Fleischer, die nur einen Laden betreiben, haben sich jetzt zusammenge-

30. September 2014: Wolfgang Apel, der Präsident des Welttierschutzbundes und Neuland-Ehrenvorsitzender, spricht auf dem Europäischen Ärztetag. Seine Forderung: Die Ärzte sollten ihren Patienten, die immer öfter an dem industriellen Food erkranken, den Verzehr von Neuland Lebens-Mitteln empfehlen. Apel kündigte auch an, dass Krankenhäuser, die ihre Patientenverpflegung vollständig auf Neuland umgestellt hätten, eine Plakette „Geprüftes Neuland-Krankenhaus“ erhalten.

20. Juli 2004: Der Vorstand des Neuland e. V. trifft weitreichende Entscheidungen. Jetzt ist vieles anders:

– Der freie Warenverkehr zwischen Neuland-Bauern und Neuland-Fleischern ist erlaubt. Die Neuländer bilden einen vitalen, aber weitgehend geschlossenen Waren- und Wirtschaftskreislauf. Ergebnis u. a.: Es bilden sich neue regionale Vermarktungsgemeinschaften (Freiburg, Bamberg, Dessau, Schwerin), die in Wettbewerb zu den bisherigen Vermarktern treten. Die Preise sinken, aber es kommen neue Metzger und neue Bauern hinzu.

– Mit finanzieller Unterstützung von der EU und aus dem Künast-Ministerium wird eine „Neuland Beratungs- und Marketing-Gesellschaft“ gegründet. Ergebnis: Bessere Erträge für Bauern und Metzger, zahlreiche Neuland-Erstkunden durch bundesweite Werbeaktionen.

5. September 2005: Mit dem Bauern Jo Watzel aus dem polnischen Opole erreicht die damalige EU-Osterweiterung auch die bisher rein deutsche Neuland-Welt. Die Schweine von Jo Watzel werden in Frankfurt/Oder geschlachtet und an die Neuland-Fleischer in Berlin vermarktet. Bald schon folgen zahlreiche Neuland-Bauern aus Polen und Tschechien.

15. Juni 2007: In der historischen „Karlsbader Sitzung“ des Vorstands



sammenschluss aus den früher eigenständigen Unternehmen Rewe, Aldi und Lidl). Die Cloppenburger Genossen sagten: Wenn der Neuland-Bauer bei Reali einkauft, dann soll Reali auch Neuland führen dürfen. Schon ein Jahr später sind SB-vorverpackte Neuland-Erzeugnisse aus den Milch- und Wurst-Theken der Reali-Märkte nicht mehr wegzudenken. Die Nachfrage lässt nun auch in weiteren EU-Mitgliedsländern neue Bauern zum Neuland e. V. beitreten.

2. Januar 2009: Die neue Marketinglinie für Neuland wird zum vollen Erfolg. Im Mittelpunkt stehen Neuland-Lebensmittel als der „neue Luxus“, den man sich gönnt. Neuland wird in der Folgezeit zum Inbegriff der Belohnungen, die man sich selbst gönnt. In einer bundesweiten Aktion mit Großflächenplakaten bekennen sich u. a. Dieter Bohlen und Stefan Effenberg: „Ich fühl mich Neuland!“.

28. Oktober 2009: Die Neuland-Fleischer Watzel (Opole), Hiestermann



schlossen und werben, unterstützt von der Neuland-Marketing-Gesellschaft, mit dem Slogan „Meine Neuland-Wurst mache ich noch selber“.

13. März 2012: Ein schwarzer Tag in der Geschichte von Neuland. Ein Nachrichtenmagazin von „RTL-Pro-Sat“ berichtet über den groß angelegten Austausch von hochwertigem Neuland-Fleisch durch billiges Fleisch aus Weißrussland. Der Geschäftsführer des Neuland e. V., der sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wegen der Gründung von „Neuland Amerika“ in Seattle befand, versprach im Fernsehen „hartes Durchgreifen“. Man werde die Möglichkeiten des gerade erst wieder verschärften

1. Mai 2016: In Berlin-Kreuzberg ereignen sich die üblichen Krawalle zum 1. Mai-Feiertag. Zerstörungswut und Sozialneid treffen erstmals auch gezielt Neuland-Verkaufsstellen. Mit Parolen, wie „Brot für die Welt, aber die Neuland-Wurst bleibt hier!“ protestierten mehrere linke Gruppen. Der Hintergrund: Eine wenige Tage vorher veröffentlichte Studie zeigte auf, dass vor allem Besserverdienende Neuland-Erzeugnisse kauften, während die Menschen, die beispielsweise von der Einheitsrente leben, die billigen Industrie-Lebensmittel essen – was die Lebenserwartung der Menschen reduziert.

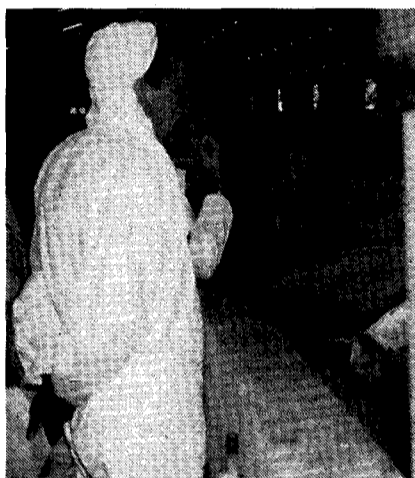
5. Oktober 2018: Rechtzeitig zum 30jährigen Neuland-Jubiläum wird in Berlin der 100. Neuland-Vorkassen-Shop in einem „Reali“ eingerichtet. In diesen Vorkassenshops wird auf zirka 50 qm Fläche ein Neuland-Kernsortiment angeboten. Viele Kunden, die sonst die billigen Einheits-Nahrungsmittel kaufen, belohnen sich dann beim Rausgehen aus dem Markt mit einem Neuland Schnitzel-Sandwich oder auch nur einem Neuland-Apfel.

Fritz Gempel

Reise in ein gelobtes Land

Eindrücke von einem Besuch bei Dänemarks Schweinemästern

Um einen Schweineerzeugungsbetrieb besichtigen zu können, mussten wir uns zuvor zwei Tage in Dänemark aufhalten – gewissermaßen in Quarantäne. Während in Deutschland dem Verbraucher Hof- und Stalltüren geöffnet werden sollen, sind sie in Dänemark konsequent geschlossen. Die Größe der dänischen Produktionseinheiten und der hohe Exportanteil erzwingen diese Risikovermeidung



Von den Erfahrungen der dänischen Schweinemäster lernten die deutschen Besucher.

durch Einschränkungen im Besucher-verkehr. Darüber hinaus ergibt sich auch nicht die Notwendigkeit, ein Verbrauchervertrauen durch offene Stalltüren herbeizuführen, da trotz höherer Produktionsintensität die Bauern kaum Skandale in der Schweineproduktion erlebten. Warum das so ist, erfahren wir während unseres Besuches. Die dänische Botschaft in Berlin hatte den Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff eingeladen, Argumente und Erfahrungen für die aktuellen Diskussionen um eine nationale Schweinehaltungsverordnung zu sammeln. Dänemark scheint da oft wie ein „gelobtes Land“. Und ich konnte in einer kleinen Gruppe mitfahren.

Marktorientiert

Beeindruckend war zunächst die Mentalität aller Beteiligten an der Schweineproduktion. Was der Verbraucher will, wird produziert: Baconschweine, EU-Schwerschweine, Spezialschweine, ökologisch oder konventionell, tiergerecht gehalten oder zertifiziert. Unideologisch und emotionslos werden rational bestimmte Entscheidungen getroffen, die sich aus dem Markt ableiten. Zu 95 Prozent werden alle Schweine unter dem Dach der genossenschaftlich organisierten Schlachtunternehmen vermarktet – einschließ-

lich 3.500 (0,3 Prozent) Öko-Sauen. Zur Marktanalyse wurden Handelsparameter erstellt: Preis, Qualität, Sicherheit, Rückverfolgbarkeit, Tiergerechtigkeit und Zertifizierung, und den unterschiedlichen Verbraucherwünschen in den Hauptexportländern zugeordnet. In Großbritannien steht an erster Stelle Tiergerechtigkeit gefolgt von Sicherheit, in Japan Sicherheit und dann Qualität, in Deutschland Zertifizierung und Preis. Tiergerechtigkeit steht nach diesen Untersuchungen bei uns an vorletzter Stelle.

Erstaunlich ist, wie bereitwillig die Bauern diesen Marktvorgaben folgen. Natürlich spüren sie die konzentrierte Marktmacht von „Danish Crown“, das als exportorientiertes Unternehmen auch die Produktionsverfahren beeinflusst. Die politische Ausrichtung dieser genossenschaftlichen Organisation wird in ihren Gremien jedoch weitgehend von Bauern bestimmt.

Bei den gesetzlich geregelten Haltungsvorgaben fällt auf, dass der Zugang der Tiere zu Beschäftigungsmaterial einen hohen Stellenwert hat. Tragende Sauen müssen seit Mai 2003 in Neubauten mit Stroh oder ähnlichem Material ihren Wühltrieb ausleben können. Bei Mastschweinen ist man noch auf der Suche nach arbeitsexensiven Lösungen, um das Wohlbefinden der Tiere verbessern zu können. Der Platzbedarf, der den Mastschweinen zugebilligt wird, ist – auch im EU-Vergleich – eher gering. Dies mag an den traditionell niedrigen Schlachtgewichten liegen.

Auch in der veterinärmedizinischen Versorgung hat die dänische Landwirtschaft einen Vorsprung. Während in Deutschland die Neuordnung des Tierarzneimittelrechts zur unendlichen Geschichte wird, ist der dänische Tierarzt bereits in erster Linie ein Gesundheitsberater. Er hatte ohnehin nie ein Dispensierrecht, d. h. er konnte nur ein Rezept ausstellen, aber nicht durch den Verkauf der Arzneimittel sein Einkommen erwirtschaften. Der Einsatz von Medikamenten wurde vom Gesetzgeber stark eingeschränkt: keine medizinische Prophylaxe, keine Fütterungsantibiotika als Wachstumsförderer u.s.w. Eine Folge sind erhebliche Krankheitsprobleme im Magen-Darm-Bereich. Mit hochwertigen Futtermitteln und dem Einsatz von Säuren wird gegengesteuert.

Leistungsorientiert

Nach vielen Informationen und der Besucherquarantäne konnten wir dann

einen Ferkelerzeugerbetrieb besichtigen. Er war in zehn Jahren von 90 auf 1.170 Sauen gewachsen. Die 800 niedertragenden Sauen werden auf Stroh im Laufstall gehalten. 40 Tage nach der Besamung werden sie in 80er Gruppen dort eingestallt. In 90 Prozent der dänischen Ställe sind die Abferkelbuchten strohlos, vorne eine befestigte und hinten eine perforierte Fläche. Abferkelställe in Deutschland mit kunststoffummantelten Rosten sind dagegen regelrechte Luxusherbergen.

Der Betrieb erzeugt 28 abgesetzte Ferkel je Sau und Jahr. Im Durchschnitt der dänischen Sauenhaltung sind es 23 Ferkel (in Deutschland knapp 20). Die säugenden Sauen erhalten täglich bis zu 9 kg Futter. Erstaunlich viel bei dem verhältnismäßig hohen Haferanteil in der Mischung (diätetische Wirkung, Rohfaser).

Gründen nur durch das Autofenster betrachtet werden. Der Umfang der ökologischen Schweinehaltung ist seit 1999 nahezu konstant. Die Zahl der Betriebe nimmt ab, die Sauenzahl ist unverändert, aber in Folge einer Leistungssteigerung auf 20,5 abgesetzte Ferkel/Sau/Jahr erhöhte sich die Anzahl der geschlachteten Schweine auf ca. 75.000/Jahr. Das Öko-Fleisch wird ausschließlich in Dänemark vermarktet. Die Erzeugungsrichtlinien liegen über denen der EU und zum Teil auch über deutschen Vorgaben.

Das Resümee der Reise

Sahen wir nun wirklich ein gelobtes Land? Wie so oft: teils, teils. Beeindruckend war der Trend zu tiergerechten Haltungssystemen bei intensiven Produktionsverfahren. Dabei hatten ethi-



In Dänemark wird nach den Wünschen der Exportländer produziert. Wenn Großbritannien Wert auf Tiergerechtigkeit legt, gibt es Platz und Stroh für Schweine.

Fotos: Jasper

Hinsichtlich der Leistung und, für eine konventionelle Produktion, auch hinsichtlich der tierfreundlichen Haltung haben wir einen Spitzenbetrieb gesehen – jedoch ohne jede übertriebenen Investitionen. Trotzdem wurde uns gesagt, dass die Banken zweimal in der Woche anrufen, um sich zu erkundigen, wie es weitergeht. Da klang nur wenig Humor durch.

Die Betriebe haben eine hohe Fremdkapitalbelastung und einen hohen Exportanteil im Schweinefleischsektor. Der schwache Dollar und zunehmende Billigkonkurrenz aus Brasilien und Polen drängen dänische Exporte vom Markt. Bei den Auszahlungspreisen rangieren die Dänen hinter ihren Kollegen aus anderen EU-Ländern. 79 Prozent der Schweine werden in Beständen zwischen 1.000 und 10.000 Tieren erzeugt. Weniger könnte da mehr sein. Ein anderer Betrieb, der Öko-Schweine, zum Teil auch in Freilandhaltung, erzeugte, konnte aus hygienischen

sche Grundüberzeugungen eine geringere Bedeutung als Marktanalysen und -zwänge. Der englische Handelskonzern Tesco schreibt z. B. die Haltungsbedingungen vor.

Auch im Wasser- und Bodenschutz gibt es eindeutige Regelungen. Die Höchstmenge an Stickstoff ist bei Feldfrüchten gestaffelt und beträgt z. B. bei Weizen höchstens 140 kg N.

Auffallend war die Leistungsstärke und die Robustheit der Zuchttiere. Es ist rätselhaft, warum in Deutschland nicht auch mit dieser Genetik Ferkel produziert werden können. Die Vor- und Nachteile der genossenschaftlich organisierten Schlachtunternehmen lassen sich nicht eindeutig bewerten. Wenn man aber um die zunehmende Dreistigkeit der Handelskonzerne weiß und die aktuellen Erfahrungen aus dem Milchmarkt hinzunimmt, könnte man sich schon starke Genossenschaften wünschen.

Günther Völker

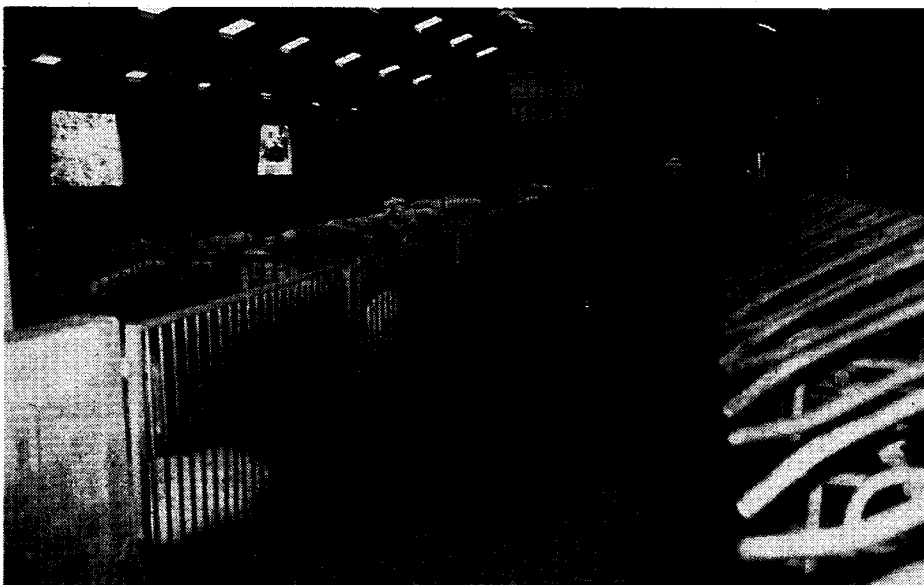
Landwirtschaftsministerium blockiert

Im Tierarzneimittelgesetz soll die Frist für die Medikamentenabgabe von sieben Tagen im Voraus angepasst werden, doch das Bundeslandwirtschaftsministerium zeigt wenig Handlungsbereitschaft.

So unaussprechlich der Name, so groß die Einigkeit bei Bundestagsabgeordneten und Vertretern der Verbände. Das Tierarzneimittelneuordnungsgesetz muss überarbeitet werden, sagen Praktiker. Die Kritik entzündet sich vor allem an der Regelung, dass Tierärzte Medikamente nur sieben Tage im Voraus an Bäuerinnen und Bauern abgeben dürfen. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe kommen mit dieser Regelung nicht zurecht. Bekommt eine Kuh Samstag Abend eine Euterentzündung, muss der Tierarzt her, weil die Bäuerin keine Arznei mehr zur Hand hat, das Gleiche gilt für Milchfieber bei Sauen. In der Folge kann das erkrankte Tier erst später behandelt werden. „Die Krankheitsfälle bei Nutztieren sind zu einem hohen Anteil häufig wiederkehrende Erkrankungen,

den. Auf einer Anhörung des Agrarausschusses konnten sich alle geladenen Verbandsvertreter darauf einigen. Die Tierärzte, der Bauernverband, die AbL und die ISN. Auf der Anhörung bestätigten die Beteiligten die Erkenntnis, dass Fristen immer ein besonderes Problem seien, Erkrankungen könne man mit Fristen nicht fassen.

Selbst die Obleute aller Bundestagsfraktionen konnten sich auf diese Forderungen einigen. Einzig das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL) mauert. Die Zuständige für Tiergesundheit Karin Schwabenbauer signalisiert wenig Bereitschaft, das Gesetz gerade mal ein Jahr nach der letzten Überarbeitung erneut zu ändern. Die Unterabteilungsleiterin fordert Beweise ein, dass die Regelung in der



Die Praxis umgeht die 7-Tageregelung für Medikamente. Bauern brauchen keine Diagnosen wöchentlichen Tierarztbesuche, um sich längst mit dem Tierarzt abgesprochene Behandlungspläne erneut bestätigen zu lassen. Foto: Jasper

die für längere Zeit ausdiagnostiziert sind“, erklärt der Bauer Günther Völker, der als Sachverständiger geladen war. Nach dem AbLer könne die Arbeitszeit der Tierärzte besser genutzt werden, als wenn sie diagnostizierte Krankheiten erneut diagnostizieren. Es gehe darum, Gesundheitspläne für die Höfe zu entwickeln. Auch die Tierärzte kritisieren diese Regelung, muss doch wöchentlich jeder Betrieb abgeklappert werden. So entstand auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten und Tierarztes Wilhelm Priesmeier ein Kompromiss. Statt der 7-Tage-Regelung sollen Landwirte mit Tierärzten einen Bestandsbetreuungsvertrag eingehen und der Tierarzt mit den Landwirten gemeinsam einen Behandlungsplan ausarbeiten, dann könnte auf die starre und kurze Frist verzichtet wer-

den. Praxis nicht funktioniere. Doch Bauern und Tierärzte äußern recht offen, dass sich in der Praxis kaum einer an die Regelung hält, die Beteiligten setzen sich darüber weg. Manche kommen zu dem Urteil, dass dadurch die Situation schlimmer geworden ist als vor der letzten Änderung des Gesetzes.

Die Berichterstatterin der CDU Julia Klöckner kündigte an, nach dem Scheitern eines fraktionsübergreifenden Ansatzes mit den CDU/CSU-regierten Ländern einen eigenen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Bis Ende der Sommerpause will Priesmeier ausloten, ob es noch Chancen gibt, mit der fraktionsübergreifenden Initiative weiterzumachen: „Ich habe lange an der Initiative gearbeitet, ich möchte mir das nicht gern kaputt machen lassen,“ so Priesmeier. ms

KURZES AM RANDE

NFZ-Verkauf durch billige Bauern-Abfindung?

Um weitere Übernahmen oder Fusionen in der Schlachtindustrie zu erleichtern, will die NFZ (Norddeutsche Fleischzentrale)-Nordfleisch offenbar ihre bäuerlichen Aktionäre los werden. Wie die dlz berichtet, soll – auf Grund des Drucks der Gläubigerbanken – den Landwirten in Kürze ein Kaufangebot zugehen, damit die Aktien leichter auf den neuen Käufer übergeleitet werden können. Denn für den Verkauf der NFZ müssen 95 Prozent der Aktionäre ihre Zustimmung geben. Allerdings sind vom gezeichneten Kapital (67 Mio. Euro) nur noch 7,2 Millionen vorhanden. 90 Prozent der Einlagen sind demnach futsch. Aufsichtsrats-Vorsitzender Niemeyer gab zu, dass die NFZ derzeit ihre Schulden nicht tilgen könne. Die Banken werden den Bauern deshalb wohl nur zehn Prozent des eingezahlten Kapitals bieten. Als Hauptfavorit für die Übernahme der NFZ gilt derzeit der dänische Monopolist Danish Crown. pm

Schweine-Konkurs ohne Folgen

Die Firma „Oostburg Varkens“ im holländischen Ort Sluis (mit 20.000 Schweineplätzen) ist insolvent, nachdem drei Monate keine Gehälter ausgezahlt wurden. Allerdings sind die Ställe selbst nicht vom Konkurs betroffen, weil diese nicht der betroffenen Firma „Oostburg Varkens“ selbst, sondern einer anderen Firma des Agrarindustriellen Chris van Sleuwen aus Brabant gehören. Zur Van-Sleuwen-Group gehört laut Agri-Holland auch die Futtermittel-Firma „Zeeland Voeders“. pm

BHZZ, PIG und Schaumann

In der Vermarktung von Sauen in Deutschland (insgesamt jährlich etwa 620.000) dominieren derzeit drei Unternehmen, nämlich das BHZZ (Bundes-Hybrid-Zucht-Programm) und die englisch-deutsche PIG-Gruppe mit jeweils 147.000 verkauften Sauen, gefolgt vom Futtermittel- und Zuchtunternehmen Schaumann (61.000 Sauen). Auf weiteren Plätzen: die Zuchtprogramme in Baden-Württemberg (48.000), Bayern (37.000) und Westhybrid (36.000). Auf weiteren Plätzen: JSR, Mitteldt. Zuchtverband, NEZ, Dalland, HeiCam, VSR und die Zuchtprogramme in Thüringen, Rheinland, Brandenburg und Hessen (Quelle: sus). In Holland soll das Zuchtprogramm „Topigs“ bereits 80 Prozent Marktanteil erreicht haben. pm

Holländische Käfige nach Bulgarien

Die Verlagerung von Käfigbatterien nach Osteuropa liegt offenbar doch nicht am vorzeitigen Käfig-Verbot in Deutschland. Das jedenfalls legt ein Bericht im Nachrichtendienst AgriHolland nahe: Die holländischen Brüder van Leeuwen haben ihre Legehennen-Anlagen in Puiflijk verkauft und schon 1997 einen ehemaligen Staatsbetrieb in Bulgarien gekauft. Als Grund geben sie die niedrigeren Getreidepreise und Lohnkosten an, außerdem wurde der Kaufpreis durch die hohe Inflation in Bulgarien günstiger. Allerdings habe es drei Jahre gedauert, bis die Umweltbehörden die Betriebserlaubnis erteilten. Die Eier werden in Bulgarien verkauft und in die EU exportiert. pm

CMA-Beiträge halbieren?

Für ein aufmerksames Hinhören bei den Bauern und für einen Schreck bei manchen Spitzenfunktionären sorgte beim Bauerntag der Vorschlag von Renate Künast, die bäuerlichen CMA-Beiträge zum Absatzfonds in den nächsten drei Jahren zu halbieren. Künast begründete dies mit den derzeitigen Absatzfonds-Überschüssen in Höhe von 229 Millionen Euro. Die CMA steht seit Jahren in der Kritik, weil ein Großteil ihrer Gelder dazu diene, die Marketingkosten der Ernährungsindustrie und des Handels zu subventionieren, und auch dies oft noch ineffektiv. In den Gremien der CMA entscheiden vor allem Spitzenvertreter des Bauernverbands, der Genossenschaften, der Ernährungsindustrie und des Lebensmittelhandels. cm

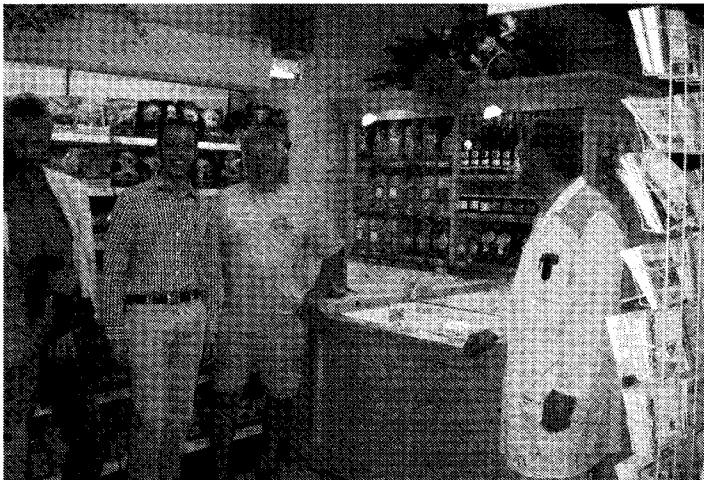
Neuer Prozess gegen Fechter

Der Prozess gegen den Straubinger Tierarzt Fechter wird wieder aufgerollt, nachdem die zweijährige Bewährungsstrafe vom Bundesgerichtshof aufgehoben wurde. Im April 2002 war Fechter wegen illegaler Geschäfte mit Arzneimitteln in 861 Fällen verurteilt worden, außerdem zu 150.000 Euro Abschöpfung von seinen Gewinnen. Nach Ansicht von Beobachtern könnten bei einem neuen Urteil eine geringere Freiheitsstrafe, aber eine höhere Gewinnabführung und evt. ein Berufsverbot herauskommen. pm

REGIONENAKTIV

Raus aus der Nische

Landwirte aus der Modellregion Chiemgau/Inn/Salzach bieten seit März 2003 ihre regionaltypischen Lebensmittel direkt im Supermarkt in einem eigenen „Regional-Regal“ an. Das Sortiment umfasst Mehl, Brot, Eier, Nudeln, Käse, Wurst, Fruchtaufstriche sowie Speiseöle und Spirituosen. Die Produkte sind erkennbar am „Regional-Regal“-Logo und werden in bisher neun Verkaufsstätten (überwiegend EDEKA) angeboten. Geschäftsführer Hubert Steffl betont: „Wir wollen mit dieser Vermarktungsinitiative möglichst vielen Landwirten in der Region die Chance zu einer umweltschonenden Erzeugung bieten“. So stammen die Produkte nicht ausschließlich aus Ökologischer Landwirtschaft. Einzelne Spezialitäten wie Spirituosen oder Speise-Rapsöl werden nach genau definierten Richtlinien des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms erzeugt. pm



Freuen sich über ein weiteres „Regional-Regal“ (v.l.n.r.): Theo Augustin vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) in Bonn; Andreas Amberger von der Gesellschaft ECOZEPT; Hubert Steffl, Geschäftsführer der „Regional Regal“ GbR; Günter Bienert, Inhaber des EDEKA-Marktes. Foto:ECOZEPT

Mit Naturschutz Geld verdienen

In der Modellregion Wendland/Elbetal starten jetzt mit dem Verein „Bio-Streuobstverein Elbtal e.V.“ und dem Huteschafprojekt zwei Projekte, die zur Überwindung des Konfliktes zwischen Landwirtschaft und Naturschutz beitragen sollen. Ziel ist, dass die Streuobstwiesen Teil des Biotopverbundes werden, die Huteschafe dort „den Rasen mähen“ und das ganze über die Vermarktung auch noch zur Wertschöpfung in der Region beiträgt. Streuobstwiesen bestehen vielerorts noch, müssen lediglich als Nebenerwerb wieder entdeckt werden. So garantiert die Firma Voelkel die Abnahme des Obstes zu marktangemessenen Preisen für Bio-Obst, wenn dem Verein die Zertifizierung der Streuobstwiesen als Bio-Flächen gelingt. Das bedeutet für die Grundeigentümer, sich vertraglich zu verpflichten, die Obstwiesen weiterhin weder zu düngen, noch zu spritzen. Bisher bezieht die Firma Voelkel ca. 1.500 t Äpfel jährlich von außerhalb der Region. Doch die Aktivitäten des Vereins beschränken sich nicht nur auf die bereits bestehenden Obstwiesen. Vielmehr sollen Landwirte und Grundeigentümer beraten werden, kleinere unwirtschaftliche Flächen durch Neuanpflanzungen in Streuobstwiesen umzuwandeln. Diese privaten Neuanpflanzungen mit alten Hochstammsorten unterstützt die Firma Voelkel durch die Abgabe besonders günstig erworbener Obstbäume. Mit der Projektleitung wurde Frau Martina Ihde betraut. Sie ist erreichbar unter der Telefonnummer 05864-682 oder Fax: -986410. Mit dem Huteschafprojekt will der Landschaftspflegeverband die verstreut liegenden Biotope, Stilllegungsflächen, Wegränder, Ackerraine, Bachufer und Brachen zu einem Biotopverbund vernetzen. Geplant ist, durch Triftwege für Schafherden mit langfristigen Pflege- und Nutzungsvereinbarungen das Projekt nachhaltig zu sichern. Die Leitung des Projekts soll Frau Claudia Huck übertragen werden. Sie ist erreichbar unter der Telefonnummer 05842-1206. pm

KURZES AM RANDE

Die Welt in der Nachbarschaft

Beim Tag der Regionen stehen Produkte aus der Nachbarschaft im Mittelpunkt, aber auch fairer Handel mit Erzeugern in anderen Teilen der Welt ist Thema

Am 5. Oktober 2003 findet bundesweit zum fünften Mal der Tag der Regionen statt. Das Ziel ist, den „wir können nur billig“ – Slogans aus der Werbung den Wert regionaler Wirtschaft entgegenzusetzen. Der Elektroladen um die Ecke, der Bäcker vor Ort, der Bauer mit Direktvermarktung: Kleine und mittelständische Unternehmen stellen bis heute Arbeitsplätze bereit, bieten 80 Prozent aller Lehrstellen, prägen den Charakter der Innenstädte und Dörfer und ersparen dem Verbraucher lange Wege. Auf der Jagd nach vermeintlich niedrigen Preisen kaufen trotzdem immer mehr Verbraucher im Discounter oder im Elektrogroßmarkt. Qualität, persönlicher Service und Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten sind als Kaufkriterien viel zu selten im Blickfeld. Am Tag der Regionen haben die Besucher nun die Möglichkeit, sich ihre Region genauer anzuschauen; zum Beispiel Kostproben des „Ravensberger Tellers“ auf dem Bielefelder Marktplatz zu probieren, an Exkursionen unter dem Motto „Feuer, Wasser, Luft“ zum Thema regenerative Energien teilzunehmen oder im „Dorf zum Anfassen“ bei Führungen zu landwirtschaftlichen Betrieben, Tischlern, Polsterern, Bäcker und Metzger auf die wirtschaftlichen Potenziale der Region aufmerksam zu werden.

Der Blick unter den Tellerrand

Wie beim Brot, so beim Kaffee: Während es einerseits Arbeitsplätze vor Ort schaffen kann und gute Qualität gewährleistet, wenn eine Bäckerei regionales Getreide einkauft und handwerklich backt, ist es auch wichtig, über die eigene Region hinaus zu schauen – auch in anderen Ländern wollen die Bauern zu menschenwürdigen Bedingungen nachhaltig produzieren und ihren Kindern eine Schulausbildung ermöglichen. Und wenn wir preisgünstig einzukaufen meinen, heißt das eben allzu oft: *Wir können billig*, weil wir die Produzenten im anderen Land schlecht bezahlen. Die Handelskonzerne lassen sich um ihren Gewinn nicht bringen; und im produzierenden

Gewerbe werden Arbeitsplätze hier abgebaut und in Länder verlagert, in denen billiger, unter schlechteren sozialen und teilweise gesundheitlichen Bedingungen produziert werden kann.

Mango-Apfelsaft

Deshalb sind am Tag der Regionen auch viele Eine-Welt-Läden mit Aktionen vertreten. Eine besondere Verbindung zwischen regionaler und globaler Verantwortung ist mit dem Mango-Apfelsaft vertreten: Sauerliche Äpfel von bayerischen Streuobstwiesen mit süßen Mangos von philippinischen Kleinbauernkooperativen zu kombinieren trifft außerdem die Geschmacksnerven. Denn regionale Wirtschaftsabläufe sollen hier wie dort ange-

schooben werden. Zum Thema Fair-Handeln ist aus Bayern noch Neues zu melden: Das Eine-Welt-Aktions-Netzwerk in Bayern hat eine Kampagne initiiert, die am 12. September 2003 seine Auftaktveranstaltung mit Eröffnung der Wanderausstellung „Fairer Handel und Nachhaltigkeit – ein Beitrag zur Globalisierung mit menschlichem Gesicht“ hat. Nach der Landtagswahl in Bayern sollen die



Am Tag der Regionen 2002 wurden 500 Schafe durch die Bielefelder Innenstadt getrieben. Foto: Biologische Station Senne

Wahlkampfplakate mit FairHandeln-Motiv überklebt werden, mit einem Kaffee-Gipfel am 28. September geht es weiter – damit auch im nächsten Jahr ein vielfältiges Programm gestaltet werden kann, werden noch Vorschläge und Mitarbeit angenommen. ak

Weitere Infos: Aktionen zum Tag der Regionen können noch telefonisch angemeldet werden, in Norddeutschland bei Brigitte Hilcher unter 05643/948537, in Süddeutschland bei Gisela Endt unter 09852/1381 oder unter www.tag-der-regionen.de. Für einen Abdruck im Programmheft ist es zu spät, für die Homepage werden aber noch Neueinträge angenommen. Kontakt zu FairHandeln Bayern, Astrid Engel, unter 08133/9179071.

FAIRHANDELN
BAYERN

Soja für Europa, Bildung für die Bauern

Brasiliens Präsident Lula hat in der Agrarpolitik einige Probleme zu lösen – brasilianische Kleinbauern waren zu Gast auf westfälischen Höfen

Greenpeace Brasilien meldet, dass der Anbau von gentechnisch veränderten Soja in Brasilien nach wie vor illegal ist, obwohl am 14. August in vielen Zeitungen zu lesen war: „Eine Richterin erteilte dem US-Konzern Monsanto eine vorläufige Genehmigung, Gensoja-Saatgut an brasilianische Bauern zu verkaufen“. Vermutet wird von Seiten der Umweltschützer, das provisorische Urteil solle vor allem dazu dienen, Verwirrung zu stiften: In dem Glauben, der Anbau sei nun legal, würden jetzt zur Soja-Aussaatzeit womöglich viele Bauern Gentech-Saatgut kaufen – das würde wiederum den Druck auf die Regierung erhöhen, den Anbau von Gentech-Soja endgültig zu legalisieren.

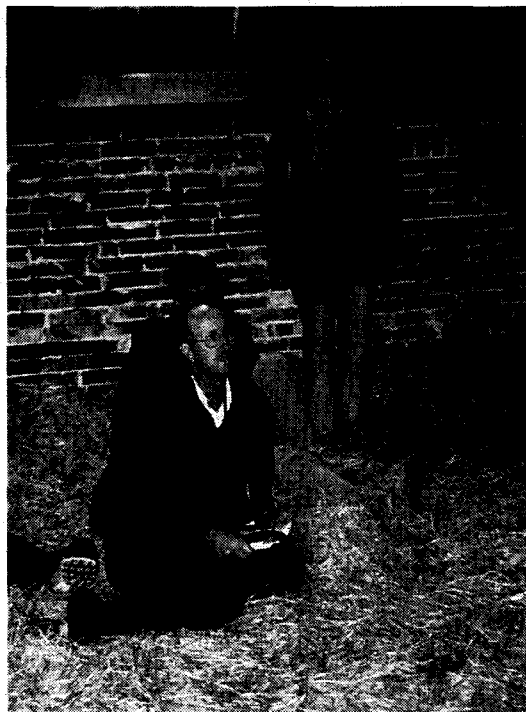
Brasilien als dem größtem Lieferanten für Gentech-freies Soja in die EU könnte das Vermarktungsprobleme einbringen.

Präsident Inacio Lula da Silva, der Anfang des Jahres sein Amt mit dem „Null Hunger“ Programm antrat, hat in der Agrarpolitik viel zu tun; die Gentech-Diskussion zum Einen, dazu kommt die Durchführung einer Landreform. Zwar wurden durch den Druck der MST (Bewegung der Landlosen) seit 1984 bereits 350.000 Familien an-

gesiedelt, 15 Millionen Landlose warten jedoch noch auf Land; und da auch jetzt die Umsetzung der Landreform schleppend voran geht, wird von MST weiterhin Land besetzt: Nachdem ein VW-Gelände von den Besetzern geräumt wurde, wurden andere Aktionen gegen Landbesitzer weiter verstärkt. Rund ein Fünftel der 170 Millionen Einwohner Brasiliens besitzen 90 Prozent des Landes, den ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung steht dagegen nur ein Prozent zur Verfügung, 120 Mio. ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche liegen brach.

Weiterbildung für die Landwirtschaft

Land allein reicht nicht, viele neue Landbesitzer können sich und ihre Familien von ihrem Land knapp selbst versorgen: Ein weiterer Schritt zur Bekämpfung des Hungers ist die Ausbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Zugang zu Krediten. Eine Organisation, die seit 1966 in diesen Bereichen tätig ist, ist die ASSESOAR. Seit Jahren schon besteht eine Partnerschaft mit dem Referat ländlicher Raum der Evangelischen Kirche von Westfalen, in diesem Jahr waren dank Förderung durch die nord-



....dass es in Deutschland Menschen gibt, die für das Übernachten im Heu Geld ausgeben, wie hier auf dem Hof Birkenhake, konnten sich die Gäste aus Brasilien schwer vorstellen

Foto: Kölling

rhein-westfälische Stiftung für Landwirtschaft und Umwelt sechs Assesorar-Mitglieder zu Besuch. Sie besuchten den Landfrauenservice Gütersloh, der auch das Ziel hat, in Zeiten des

Strukturwandels Bäuerinnen für mehr Einkommen weiterzubilden; außerdem einige Höfe und die Abl. Besonders die biologische Landwirtschaft war für die Besucher von Interesse: Die Umstellung auf Öko-Landbau wird von der Assesoar seit 15 Jahren vorangebracht.

FIAN-Eilaktion bis zum 17.9.

Im brasilianischen Bundesstaat Bahia sind seit 2000 rund 70 Kleinbauernfamilien von einem Großgrundbesitzer von ihrem Land vertrieben worden. Die Situation hat sich auch unter der neuen Regierung nicht verbessert. Dagegen kann bis zum 17. September über FIAN (FoodFirst Informations- & Aktionsnetzwerk) mit einem vorgefertigten

Brief protestiert werden. ak

Näheres bei uns oder im Netz unter: <http://www.tropenwaldnetzwerk-brasilien.de/aktuell/news/news.brasil.20030726/>

Noch begrenzter Binnenmarkt

Lettland schützt nach schlechten Erfahrungen die einheimischen Landwirte durch Schutzzölle und verbietet Ausländern, Boden zu kaufen

Können die Litauer viel billiger Schweinefleisch produzieren als die Letten? Diese Frage stellt sich, da Lettland bis 2004 Importzölle auf Schweinefleisch verhängt hat, um den einheimischen Markt vor Billigfleischimporten aus Litauen zu schützen. „Nein, in Litauen sind die Produktionsbedingungen ganz ähnlich den unsrigen,“ meint Jurijs Rund, Vorsitzender des Vereins für biologisch-dynamische Landwirtschaft in Lettland, „das billige Fleisch kommt aus Dänemark und Holland.“ Anscheinend wollen die großen Schweineerzeuger Europas mit Dumpingpreisen den lettischen Schweinemarkt erobern. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich bei der Milch ab; laut Rund aber weniger drastisch, da Milch ein verderbliches Gut und nicht unendlich transportierbar sei. Bereits seit Ende der 90er Jahre sehen einige Landwirtschaftsvertreter aus der EU die Osterweiterung als willkommene Erweiterung des Absatzmarktes für die eigene Überschusspro-

duktion – dass dabei Bauernexistenzen in den Beitrittsländern auf dem Spiel stehen, wird gern ausgeblendet.

Am 20. September werden nun die Letten als letztes der zehn Kandidatenländer über den EU-Beitritt im Mai 2004 abstimmen.

Milchmenge sank auf 46%

Die Meinungen zum EU-Beitritt sind recht unterschiedlich. Indulis Jansons vom Dachverband lettischer Bauernorganisationen (LOSP) meint, die meisten Landwirte stünden dem EU-Beitritt positiv gegenüber, gerade die Milchbauern könnten auf höhere Preise hoffen. Die EU-Quote entspräche der heutigen Milchproduktion; allerdings ist diese von 1990 bis 2001 bereits von 1.893.000 auf 848.000 Tonnen pro Jahr gesunken, da unter anderem Moskau und St. Petersburg als Absatzmärkte wegfielen. Jurijs Rund beurteilt die Aussichten eher kritisch: Er stellt die Frage, ob die strengen Hygieneregeln der EU tatsächlich nur dem

Verbraucherschutz dienen, oder nicht auch den Markt bereinigen sollen; die Hygienebedingungen in lettischen Kuhställen entsprechen nicht der EU-Norm, die wenigsten Bauern haben Milchkühlungen. Da sich durch den EU-Beitritt außerdem die Kraftstoffpreise erhöhen werden ist fraglich, ob es sich noch lohnt, von Betrieben, die wenige Kühe haben und weit von den Molkereien entfernt liegen, die Milch abzuholen. Rund meint, Betriebe mit weniger als 40 Kühen hätten schlechte Chancen – heute haben zwei Drittel der Betriebe weniger als sechs Kühe. Auch auf der Ebene der Verarbeiter wird sich einiges tun: Der Vorsitzende des Rigaer Nahrungsmittel- und Veterinärdienstes Arwid Zirnis sagte im Oktober 2002 voraus, nur 19 lettische Molkereien würden es schaffen, bis 2005 nach EU-Richtlinien zu produzieren. Auf den größeren Höfen ist die Stimmung gelassen; Valters Bruss, Ackerbauer, hat aus den 18 ha, die er bei der Landreform 1991 erhalten hat,

einen 800 ha – Betrieb aufgebaut: „Ich bin für den EU-Beitritt. Aber wenn es nicht klappt – wir können auch ohne Subventionen auskommen.“

Kein Bauernland ins Ausland

Nachdem ein Ausverkauf der lettischen Landwirtschaft durch ausländische Großinvestoren drohte, hat die lettische Regierung im April 2003 gegenüber der EU eine Sonderregelung zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft durchgesetzt: Bis zum Jahre 2011 darf kein Land mehr an Ausländer verkauft werden. Zudem werden zinsgünstige, staatlich subventionierte Kredite an lettische Bauern und EU-Bürger, die bereits seit 3 Jahren in Lettland leben, vergeben. So soll verhindert werden, dass die Landpreise steigen und damit die gerade sich einrichtenden Bauern vor Ort keine Chance mehr auf Landkauf hätten. ak

Verschwommene Grenzen:

Was haben Biowaffen mit Landwirtschaft zu tun? So einiges, zeigen die neuesten Entwicklungen von genverändertem „Agent Green“ gegen landwirtschaftliche Nutzpflanzen in Kolumbien.

Vor bald zwei Jahren waren Milzbrandbriefe als Biowaffen und das Gegenmittel in jeder Tageszeitung. Damals hatte sich die US-Regierung erstmals Ausnahmen vom Patentrecht befürwortet. Das Gegenmittel zu der Biowaffe Anthrax lieferte ausschließlich der transnationale Konzern Bayer, die Regierung forderte eine billige Lieferung des Antibiotikums Ciprobay. Weniger spektakulär und weniger umstritten sind Biowaffen gegen Nutztiere und -pflanzen. Schon während des zweiten Weltkriegs experimentierte Deutschland mit Maul- und Klauenseuche und Kartoffelkäfern, die Briten versuchten für Jahrzehnte bei Milzbrandtests an Schafen die Gruinard-Insel und stellten tonnenweise mit Milzbrandernregern geimpfte Futtermischen für Kühe her, Japan machte Versuche mit Pilzen und Bakterien gegen Gemüse und Getreide.

Wie bei allen Massenvernichtungswaffen ist auch bei Biowaffen hauptsächlich die Zivilbevölkerung betroffen. Biowaffen werden als die „Atombombe des armen Mannes“ bezeichnet, da sie sehr einfach und billig herzustellen sind, sofern man den jeweiligen Erreger besitzt. Das macht Biowaffen attraktiv für Regierungen ärmerer Länder und Terrororganisationen. Auch für wirtschaftliche Unternehmen sind sie potenziell interessant, da ein Krankheitsausbruch oder Ernteeinbußen neue Absatzmöglichkeiten für eigene Produkte, Medikamente, Pflanzenschutzmittel, resistente Sorten eröffnen. Ein Nach-

weis über eine absichtliche Infizierung der Pflanzen- oder Tierkrankheitserreger ist schwierig. Zusätzlich ist das Ausbringen der Biowaffen gegen Pflanzen und Tiere einfach. Zumeist genügen Sprühflugzeuge, die ohnehin für die Pestizidausbringung verwendet werden, auch Futter, Wasser, Samen, Insekten oder andere Geräte können zur Verbreitung genutzt werden.

Wo ist die Grenze zur Biowaffe?

Heute gibt es schon die dritte Generation moderner Biowaffen: Die Gentechnik wird heute von militärischen Gremien in der USA als Technologie eingestuft, die das Potenzial hat, eine Revolutionierung der Kriegsführung hervorgerufen. Die Einsatzmöglichkeiten von Biotechnologie in der Biowaffenentwicklung sind vielfältig:

- die Stabilisierung gängiger Erreger zur Ausbringung und zur Verstärkung der Symptome,
- das „Einbauen“ von Resistenzen gegen gängige Medikamente oder Pflanzenschutzmittel,
- die Kombination von Erregern und normalerweise ungefährlichen Trägern
- oder die Herstellung von völlig neuen „Designer-Krankheiten“.

Das verzögert die Diagnose der jeweiligen Krankheit, die somit auch nicht bekämpft werden kann. Neue Eigenschaften von Erregern können auch in zivilen Forschungsprojekten entstehen. In der Landwirtschaft ist das Trennen von militärischer und ziviler Forschung schwierig. So kann das Termina-

tor-Saatgut, das ohne chemische Behandlung seine Keimfähigkeit verliert, sowohl für einen wirtschaftlichen Krieg gegen die Bauern als auch als Waffe gegen Staaten verwendet werden.

Aktuelle Gefahren

Ein aktuelles Beispiel für den Einsatz von gentechnisch veränderten Erregern als Biowaffen gegen die Landwirtschaft gibt es in Kolumbien. Dort versucht die USA gegen Koka-pflanzungen gentechnisch verändertes „Agent Green“ im Rahmen ihres globalen Anti-Drogen-Kampfes einzusetzen. Schon 1999 hat die USA versucht, ihre militärische Finanzhilfe von 1,3 Milliarden US\$ an die kolumbianische Regierung im Rahmen des „Plan Colombia“ an die Bedingung zu knüpfen, dass Kolumbien Versuche mit genveränderten Pilzen gegen Koka-Pflanzungen genehmigt. In den fünf Jahren davor waren schon 2,5 Millionen Liter chemische Breitbandherbizide gegen Koka (im Stil des Agent Orange in Vietnam) über fast 600.000 ha Land versprüht worden. Doch trotz des großflächigen Einsatzes hatte sich im gleichen Zeitraum die Kokainproduktion in Kolumbien verdreifacht. Opfer der bisherigen Maßnahmen waren vor allem die Bauern in den Gebieten, die von den linken Guerillas FARC und ELN beherrscht werden. Kokabauern, die in von rechtsgerichteten Paramilitärs beherrschten Gebieten leben, sind kaum von Zerstörungen ihrer Koka-pflanzungen betroffen. Zunächst förderte das UN-Programm zur Drogenkontrolle (UNDCP) den Einsatz biotechnologischer Mittel zur Bekämpfung des Drogenanbaus. Nach einer weltweiten Protestwelle und Beschwerden der Nachbarstaaten Peru und Ecuador an den UN-Generalsekretär Kofi Annan, zog sich die UN jedoch zurück. Schließlich entschloss sich auch die kolumbianische Regierung, nicht in den Handel einzuwilligen. Doch momentan sieht es so aus, als werde wiederum Druck auf die kolumbianische Regierung ausgeübt, solchen Versuchen zuzustimmen. Bauern, die oftmals wenige Alternativen zum Kokaanbau haben, verlieren durch die Zerstörung ihrer Felder ihr Einkommen und werden ihrer Lebensgrundlage beraubt, ohne dass ihnen eine Alternative geboten wird. Weitere Gefahren liegen in den weitgehend un-



In Kolumbien wurden über 300.000 ha Koka- und Opiumpflanzungen mit Breitbandherbizide besprüht.
Foto: TNI; Jelsma

erforschten und nicht absehbaren ökologischen Folgen.

Mögliche nächste Ziele der USA für einen Einsatz gentechnisch veränderter Biowaffen könnten in Afghanistan der Einsatz von einer aggressiven Variante der Pilzkrankheit *Pleospora papaveracea* gegen Opiummohn sein. Die modernen Biowaffen werden sowohl vom US-Landwirtschaftsministerium als auch von Privatfirmen entwickelt und hergestellt. In Taschkent beteiligt sich die UNDCP an umstrittenen Agent Green-Versuchen gegen Schlafmohn. Der gentechnisch veränderte Erreger wirkt trotz anfänglicher Behauptungen auch gegen den wilden Klatschmohn, so Susana Pimiento vom Sunshine Project, einer NGO gegen Biowaffen.

Fazit

Im Zusammenhang von Landwirtschaft und Biowaffen mit Biotechnologie scheint sich ein weiteres Mal ein Schema zu wiederholen: Die Landwirtschaft wird durch eine Weiterentwicklung der Forschung und Technik revolutioniert und gleichzeitig bedroht. In der Geschichte waren es das Insektizid DDT und das in Vietnam großflächig eingesetzte Totalherbizid Agent Orange, die von Landwirten und Militärs zu ihren jeweiligen Zwecken verwendet wurden. Heute sind es gentechnisch veränderte Organismen. Damals wie heute profitiert in erster Linie die Industrie von den Entwicklungen, seien es Agroindustrie, Waffenindustrie oder Genforschungsfirmen.

Julia Kramer (Department of Peace Studies, University of Bradford).

Achtung von Biowaffen

Biowaffen wurden schon 1925 im Genfer Abkommen als Massenvernichtungswaffen geächtet, da es militärisch unmöglich ist, die Ausbreitung der ausgebrachten Krankheitserreger auf ein bestimmtes Gebiet einzudämmen. Allerdings wurde erst 47 Jahre später ein weiterreichendes internationales Abkommen zum Verbot von Biowaffen entwickelt. Doch die Biowaffenkonvention ist ineffektiv, da die Einhaltung kaum nachgeprüft und noch weniger durchgesetzt werden kann.

Um die Eindämmung von Biowaffen zu effektivieren ist ein ganzes Netz an Maßnahmen nötig. Auf der politischen Ebene gilt es, die Biowaffenkonvention von 1972 entsprechend der aktuellen Entwicklungen zu stärken. Vertrags-

brüche der Konvention müssten von der internationalen Gemeinschaft überzeugend geächtet werden. Ein Ansatz für Kampagnen ist die Infragestellung des Patentrechts, das als wirtschaftliche Grundlage die Biotechnikforschung für Firmen attraktiv macht. Eine weitere Forderung ist, dass Forscher und Firmen rechtlich haftbar gemacht werden müssen für die Produktion, den Handel mit und die Benutzung von Biowaffen und ihren Erregern. Wir können es uns schon längst nicht mehr leisten, die Wissenschaft und Wirtschaft von menschlicher Ethik abzukoppeln und sie der Verantwortung für ihre Produkte zu entbinden.

Gasölverbilligung streichen

Zu den Kürzungsplänen im Agrarhaushalt

Im Rahmen der Subventionskürzungen, die von der Bundesregierung beschlossen wurden, sollen im Agrarbereich vor allem die Zuschüsse zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse gekürzt werden.

Die Beiträge erhöhen sich für einen durchschnittlichen bayerischen Betrieb um bis zu 55 Prozent, das sind 2.500 Euro Mehrkosten im Jahr. Ursprünglich wollte Frau Ministerin Künast die Gasölverbilligung in der Landwirtschaft streichen. Die Gasölverbilligung ist eine Subvention, die massiv die Umwelt belastet. Sie verhindert, dass Bauern Biodiesel oder Pflanzenöl als Kraftstoff bei ihren Schleppern verwenden. In der Summe von 420 Mio. Euro wird das OPEC-Diesel so weit verbilligt, dass es uninteressant ist, den auf den eigenen Feldern erzeugten nachwachsenden Treibstoff zu verwenden.

Anstatt diese umweltschädliche, den CO²-Ausstoß fördernde Steuerverschwendung zu beenden, will die Bundesregierung jetzt massiv die Zuschüsse zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse kürzen.

Auch der Bauernverband ist für die Kürzung im Sozialbereich, weil seine Großbetriebe von einer Kürzung bei der Krankenkasse völlig verschont wären, da Fremdarbeitskräfte nicht in der Landwirtschaftlichen Krankenkasse versichert und damit nicht betroffen sind. Den Wegfall der Dieselverbilligung könnte jeder Bauer durch die Verwendung von Biodiesel oder Pflanzenöl ausgleichen. Eine Erhöhung der Beiträge bei der Krankenkasse um 50 Prozent führt über kurz oder lang zur Aufgabe der bäuerlichen Familienbetriebe.

Andreas Remmelberger,
84508 Burgkirchen

Verhandlungsziel nicht erreicht

Zu den Preisverhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel

Die wochenlangen Proteste der Milchbauern gegen die Dumpingpreise haben doch wieder gezeigt, dass mit Appellen an den Verbraucher nur Verständnis geweckt wurde. Bauern kaufen ihre eigene Milch zu erhöhten Preisen zurück; gibt es sonst noch irgendwo etwas Vergleichbares? Maßgebend ist aber letztendlich, was unter dem Strich herauskommt. Das war wieder einmal mehr als nichts. Nun hatte ich gehofft, dass bei den alljährlichen Preisverhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel höhere Preise herauskämen. Es war nämlich das erste Mal, dass drei große Molkereigenossenschaften – Nordmilch, Humana und Hochwald – Preisverhandlungen mit Aldi geführt haben. Ihr Ziel war es, für die Trinkmilch sechs Prozent Preisaufschlag zu erreichen. Aber der Discounter verhandelte hart und drohte sogar damit, die gesamte Milchindustrie auszulisten. Es sah zuerst so aus, als würden die Molkerei-

en eine einheitliche Position vertreten, wie noch nie, um Preisaufschläge herauszuholen. Am Ende ist es dann so ausgegangen, dass Aldi die drei großen Molkereien teils aufgelistet hat, weil andere Molkereien Preiszugeständnisse gemacht haben. Der jahrzehntelange Prozess der ewigen Fusionen hat seine Wirkung auch nicht erreicht und wird sie auch nicht erreichen, solange die Leute in den führenden Positionen die gleichen sind wie im Bauernverband und der CDU. Die ewige Postenschacherei muss aufhören und auch der Strukturwandel. Denn gesetzt den Fall, es gäbe in Deutschland nur noch eine Molkerei, würde sich diese auf dem mafiösen Markt auch nicht behaupten können. Der Bauernverband entpuppt sich bei der ganzen Sache als zahnlöser Tiger und wird damit zum wiederholten Male seinem Ruf gerecht.

Oswald Heftrig, 65627 Elbtal-Elbgrund

Weiterhin Käfig-Eier bei HL-Markt

Zu „Holland als Vorbild: Käfigeier raus“

In dem Artikel schreiben sie „hierzulande hat erst Rewe alle Käfig-Eier aus ihren HL-Märkten verbannt.“ In Kassel musste ich feststellen, dass dies nicht zutrifft. Hier werden weiterhin Käfig-Eier angeboten. Dies geschieht sogar mit der irreführenden Angabe: „Diese Eier kommen garantiert aus Hessen. Ich bin ein Produkt hessischer Legehennen und komme aus bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben.“ Die Eier in den Kleinpackungen waren nicht mit einem Code versehen. Auch der Eier-Preis von 18 Cent je Ei ist ein Beweis für Käfig-Eier. Zugegeben, es steht nir-

gendwo auf der Packung, dass es sich um Eier aus „Freiland- oder Bodenhaltung“ handelt. Aber wenn der/ die Verbraucher/In in der Innenseite liest, dass die Eier von bäuerlichen Betrieben kommen, dann denkt man doch gleich an Legehennen auf der grünen Wiese.

Hans Gast

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor Leserbriefe zu kürzen.

Pendeln zwischen den Höfen

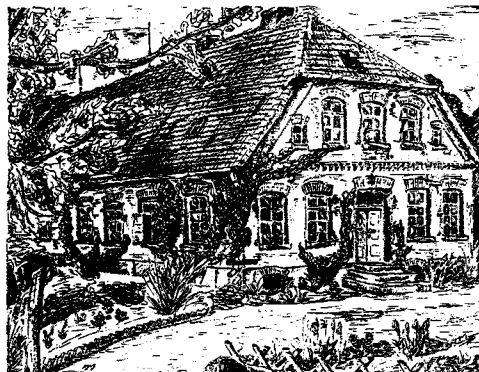
Wir haben ein Problem: Wir haben zuviel Platz! Das klingt vielleicht komisch und mancher wird uns um dieses Problem vielleicht beneiden.

Also, mein Mann und ich bewirtschaften jeder einen Hof und zu diesen beiden Höfen gehören natürlich zwei Wohnhäuser. Mein elterliches Wohnhaus besteht aus einem Altbau und einem Neubau, der 1968 an den Altbau angebaut wurde – beide Teile lassen sich problemlos trennen, weil zwei Treppen vorhanden sind. Eine Trennung der Wohnbereiche wäre auch dringend erforderlich, weil ich mit meinem Vater unter gar keinen Umständen unter einem Dach leben könnte.

Das Haus meines Mannes ist sehr groß und schön, allerdings kann man es nicht in zwei Wohnungen unterteilen. Meine Schwiegereltern sind zum Glück noch fit und versorgen sich selber, halten den Garten prima in Stand und sind zwei wirklich nette Menschen. Ich könnte mir schon vorstellen, mit ihnen zusammen zu wohnen. Allerdings bin ich dermaßen fest mit dem elterlichen Hof verbunden, dass ich mir eigentlich nie vorstellen konnte, weg zu ziehen. Es ist so: Der einzige Mann, der mich von unserem Hof wegstören könnte, wäre mein Vater.

Seit vier Monaten wohne ich zwar bei meinem Mann, das heißt allerdings nur, dass ich schlafe. Morgens führt mich mein Weg

sofort zu meinen Kühen. Wenn ich abends meinen Kühen nach dem Melken und Füttern „Gute Nacht“ gesagt habe, radle ich die 500 Meter wieder rüber. Am Anfang hatte ich richtiges Heimweh, aber mittlerweile finde ich es ganz schön anstrengend, abends rüber zu fahren. Wenn allerdings Kühe kalben,



... aus Südniedersachsen

wird es anstrengend: Ich bin schon nachts deswegen hin und her gefahren und ich habe auch schon nachts ein Notquartier zuhause aufgeschlagen – auch nicht so toll.

Während des Tages fahre ich zwei- bis dreimal hin und her, meistens mit dem Fahrrad, aber wenn ich größere Dinge zu transportieren habe, dann auch mit dem Auto. So pendle ich mit sauberer und schmutziger Wäsche, mit dem Rasenmäher und dem Staubsauger und verschiedenen Nahrungsmitteln zwischen den beiden Höfen. Wir hatten schon mal den Bau einer Milchpipeline zwischen den beiden Höfen angedacht, weil ich andauernd vergesse, Milch mitzubringen. Manchmal ist es lustig, an zwei Stellen zu wohnen (gehen wir heute Nacht zu dir oder zu mir?), manchmal ist es nervig. Jedenfalls keine Lösung für alle Zeiten. Aber diese Lösung zu finden, ist gar nicht so einfach.

Vor einiger Zeit haben mein Mann und ich begonnen den Altbau auf dem elterlichen Hof umzubauen und zu renovieren, eigentlich so etwas wie eine Vorentscheidung, aber glücklich bin ich damit nicht. Wenn im Laufe des nächsten Jahres diese Umbaumaßnahme beendet ist, ziehe ich auf jeden Fall zurück. Aber wie mein Mann sich entscheiden wird, weiß ich noch nicht. Was wird aus seinem Haus? Wenn meine Schwiegereltern mal nicht mehr so gut klar kommen, wie im Moment, was dann? Mein Mann hat drei Geschwister, die in unmittelbarer Nähe wohnen, ob einer von ihnen zum Hof ziehen sollte oder würde?

Eine Bäuerin (31 Jahre) erzählt...

Kuhmörder von Steigra erwischt?

Insgesamt 400 Milchkühe sind in den letzten drei Jahren in der Milchviehanlage der Agrargenossenschaft Steigra (Landkreis Merseburg-Querfurt) nach und nach durch das Spritzen von tödlichen Pyogenes-Bakterien in die Euter vergiftet worden. Erst jetzt wurde durch eine Überwachungskamera ein ehemaliger Tierpfleger im Stall gefilmt, der nunmehr der Tat verdächtig wird. Laut *Mitteldeutscher Zeitung* wundern sich die Dorfbewohner allerdings darüber, dass nicht der Chef der Genossenschaft seinen ehemaligen Schichtleiter auf dem Bild erkannte, sondern dass der Abgebildete erst nach öffentlicher Fahndung durch jemand anderen angezeigt wurde. Der Verdächtige wurde erst Ende 2002 in Unfrieden entlassen, er streitet die Tat ab. pm

Südmilch-Weber zurück?

Der vor zehn Jahren nach Paraguay geflüchtete frühere Vorstandsvorsitzende der damaligen Südmilch AG, Wolfgang Weber, verhandelt offenbar mit der Justiz über eine Rückkehr nach Deutschland. Kritiker hatten vor zehn Jahren Weber (und zugleich auch die mangelnde Kontrolle durch unkritische Vertreter in den Unternehmensgremien) für den Zusammenbruch der Südmilch verantwortlich gemacht. Weber hatte sich der Verantwortung durch die Flucht auf seine ausgedehnten Ländereien in Paraguay entzogen. pm

Kriegsbeute verteilen im Irak

Während die Suche nach versteckten Massenvernichtungswaffen im Irak weiterhin erfolglos verläuft, kann sich die US-amerikanische Wirtschaft über Kriegsgewinne freuen. Wie die britische Zeitung *The Guardian* schreibt, wurde von Präsident Bush der Agrarhandels-Lobbyist Daniel Amstutz als Beauftragter für den Wiederaufbau der irakischen Landwirtschaft eingesetzt. Zuvor war Amstutz Top-Manager bei einem der weltweit führenden Agrarhandels-Konzerne Cargill. Cargill beherrscht laut der *Jungen Welt* 94 % des US-amerikanischen Sojaparktes und 40 % des Futtermaisexports der USA. *The Guardian* zitiert Kevin Wilkins, Leiter der Hilfsorganisation Oxfam in London, Amstutz hätte wohl eher Interesse, den irakischen Markt mit subventioniertem US-Getreide zu überfluten als das Land zu ermutigen, seinen einst erfolgreichen Agrar-Sektor wieder aufzubauen. Zerstörte Bewässerungssysteme, zerbombte Futtersilos und die kaputte Infrastruktur erschweren die Nahrungsmittelproduktion im Irak ohnehin; ob die irakischen Bauern gegen die billigen Importe aus den USA bestehen können, ist fraglich. ak

Verbraucherschutz abschaffen?

Die Verbraucherzentrale Hessen steht laut FAZ vor der Schließung, nachdem die Landesregierung seit Jahresbeginn nicht mehr ihren vollen Zuschuss zahlt und selbst diese Summe bisher nur zu 80 Prozent. pm

MKS-Impf-Test

In Tübingen ist ein Test für die Maul- und Klauenseuche entwickelt worden, mit dem geimpfte von infizierten Tieren unterschieden werden können. Der von Wissenschaftlern der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere entwickelte Test spreche nur auf Antikörper an, die das Immunsystem gegen lebende MKS-Erreger gebildet hat. Auf Antikörper, die bei einer Impfung mit inaktivierten Viren entstehen, reagiere der Test dagegen nicht. Genaue Pläne, wann der Test auf den Markt kommt, gebe es noch nicht. pm

MKS-Notimpfung erste Wahl

Notimpfungen stellen bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche künftig eine ernst zu nehmende Alternative zu Keulungen dar. Die neuen Bestimmungen geben der EU-Kommission die Möglichkeit, Notimpfungen anzuordnen, wenn sie den Eindruck hat, dass ein Mitgliedstaat die Situation nicht mehr im Griff hat. Die dänische Agrarministerin Mariann Fischer Boel kündigte an, dass ihr Land auch in Zukunft ausschließlich auf Keulungen zurückgreifen werde. Die geplante Änderung der MKS-Bekämpfungsrichtlinie soll im Juli 2003 in Kraft treten. Das Fleisch geimpfter Tiere bleibt Handelsrestriktionen unterworfen. Im günstigsten Fall kann es drei Monate nach dem letzten Seuchenausbruch wieder als Frischfleisch gehandelt werden. Somit entfällt die bisher vorgeschriebene Hitzebehandlung. Die Hälften müssen jedoch mit einem runden Stempel gekennzeichnet werden, sind also nicht frei handelbar innerhalb der EU. pm

KURZES AM RANDE

Stadtgüter Berlin an Holländer?

Zum Ende der Sommerpause will der Berliner Senat entscheiden, an wen Deutschlands größter Milchviehbetrieb vergeben wird. Südzucker, Campina, KWS – für Konzerne scheinen die Stadtgüter attraktiv zu sein.

Bei der Verkaufs-Ausschreibung der Berliner Stadtgüter, Deutschlands größtem Milchviehbetrieb, stehen offenbar zwei Holländer kurz vor dem Zuschlag. Laut *Berliner Morgenpost* sind dies:

Zum einen **Frans Poley**, der nach unseren Recherchen schon einen 110-Hektar-Bio-betrieb im holländischen Poldergebiet besitzt und außerdem noch an einem weiteren 2.000-Hektar-Betrieb in Deutschland (davon 350 ha Öko) beteiligt ist.

Zum anderen **Stefanus Krabbenburg**, der bisher einen konventionellen 450-Hektar-Marktfruchtbetrieb im Kreis Dahme-Fläming bewirtschaftet. Bemerkens-

und der Gentechnik gegenüber durchaus positiv eingestellt...

Beide Holländer wollen die zehn Teilbetriebe der Stadtgüter im Rahmen einer gemeinsamen GmbH übernehmen, wobei sie von einer städtischen Immobiliengesellschaft die 16.000 Hektar pachten und die Maschinen, die 6.000 Kühe und die 45 Mio. kg Milchquoten für 11 Mio. Euro kaufen möchten. Dies gilt angesichts sonst üblicher Quotenpreise als sehr günstig. Nur zwei der Teilbetriebe müssen auf Ökolandbau umgestellt werden. Verlangt wird auch eine Beschäftigungsgarantie für die 300 Mitarbeiter (s. Bauernstimme 7/03).



Wer steht hinter den Kaufinteressenten der Berliner Stadtgüter?

Foto: Archiv

wert ist allerdings, dass dieser Betrieb bis Februar 2001 unter dem Namen „Saatzucht Petkus GmbH“ lief und danach umbenannt wurde in „Gut Heinsdorf GbR“ mit dem „Geschäftsführer Stefan Krabbenburg“. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass die Saatzucht Petkus eine 100prozentige Tochterfirma der Einbecker KWS-Saatzucht ist, die auch in der Zucht gentechnisch veränderter Pflanzen recht aktiv ist.

Deshalb ist ein Seitenblick auf die KWS hier durchaus interessant: An der KWS beteiligt sind: die Gründerfamilien Giesecke/Büchting, der Chemie- und Gentechnikkonzern Bayer CropScience, die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und die Südzucker AG. Im Aufsichtsrat der KWS Saat AG sitzen neben dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie Dr. Arend Oetker auch der (als Gentechnik-Befürworter bekannte) Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker sowie Philipp Freiherr von dem Bussche, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Eigentümer des Gutes Ippenburg im westfälischen Bad Essen, Teilhaber eines 2000-Hektar-Betriebes in Sachsen-Anhalt

Für den Erwerb der Stadtgüter hatten sich zuvor beworben: der holländisch-deutsche Milchkonzern Campina, der Öko-Unternehmer Schweisfurt, die Familie Rethmann (Eigentümer des größten deutschen Entsorgungskonzerns und von drei Gütern in Ostdeutschland), der holländische Güter-Makler und „Agripon“-Agrarindustrielle Wijnand Pon (der weltweit einen der größten Rinderzucht-Konzerne besitzt und bereits 5 Güter betreibt) - sowie die Südzucker AG (so die Agrarzeitung „top agrar“). Die Südzucker AG, größter Zucker-Konzern Europas, betreibt bereits etwa 32 Pachtgüter mit über 15.000 Hektar in Ost- und Westdeutschland. Auf einem davon sollte kürzlich gentechnisch veränderter Weizen ausgesät werden, was aber von Greenpeace durch die Aussaat von Ökoweizen verhindert wurde.

Allerlei wissenswerte Hintergründe also beim anstehenden Verkauf der Berliner Stadtgüter. Da drängt sich die Frage auf, ob nun jemand (und ggf. wer) hinter den beiden Holländern steht. Wichtig wäre auch eine Information darüber, welche Art von Agrarproduktion denn außerhalb der beiden Öko-Teilbetriebe geplant ist. Der Senat will schon nach der Sommerpause über Verpachtung und Verkauf entscheiden. gf

Der Sommer der lachenden Kühe

Ein finnischer Altbauer als Don Quijote

Diese liebenswert-turbulente Geschichte spielt im finnischen Norden: Wir treffen den vergesslich gewordenen Landvermesser und ehemaligen Panzer-Sergeanten Tavetti Rytkönen und seinen Taxifahrer und Beschützer Seppo bei ihrem Besuch bei dem zornigen Altbauern Heikki Mäkitalo auf seinem Moor-Hof in der Einöde Finnlands: „Fünfzehn Prozent der Felder musste man jährlich liegen und vom Unkraut überwuchern lassen, und befolgte man das nicht, musste man pro Hektar tausend Mark Strafe zahlen. Die Maschinen waren immer teurer geworden, aber für Getreide und Milch bekam man nicht Geld, sondern Geldstrafen. Der Dorfladen war im vorigen Sommer geschlossen worden, die Schule sogar schon früher.“ Und da beschließen sie alle zusammen, den Hof, die Maschinen und die Gebäude von Bauer Mäkitalo restlos und ohne Spuren zu zerspre-

ngen und im finnischen Moor zu versenken. Denn der Altbauer „betrachtete es als sein Recht, mit seinem Eigentum zu machen, was er wollte. Er war fertig mit der finnischen Gesellschaft. Er hatte dieses Land unter Einsatz seines Lebens verteidigt, hatte es mit aufgebaut, und was hatte er dafür geerntet? Nur Verachtung. Die Gesellschaft hatte ihm nichts zu geben und bald auch nichts mehr zu nehmen.“ Gesagt getan, das Zerstörungswerk beginnt.

Damit nicht genug – mit Hilfe zweier albanischer Köche wird schließlich noch eine Herde von Kühen gejagt und eine Gruppe französischer Esoterikerinnen beim Überlebenstraining überrascht. Eine tolle Don-Quijoterie des finnischen Erfolgsautors... en



Arto Paasilinna
Der Sommer der lachenden Kühe
Roman
BLT

Arto Paasilinna, Der Sommer der lachenden Kühe, 224 S., BLT-Taschenbuch, 2001, 7,90 Euro; zu beziehen über den ABL-Verlag

Die Schwachstelle

Die „Ziekopf Consulting“, sonst in Diensten der PUT – Plutonium Uran Transportbehälter GmbH, hat einen außergewöhnlichen Auftrag der Menschenrechtsorganisation „Global Dignity“ angenommen: Statt die Sicherheit des Plutonium-Behälters IMTHOR immer noch weiter zu erhöhen und dies auch zu publizieren, soll die Firma nun die Schwachstellen des IMTHOR gegenüber Terroristen-Angriffen herausfinden. Ein Wissenschaftler-Dreier team macht sich an die Herausforderung. Und durch einen Zufall findet Anna eine schwerwiegende Angriffsflanke im Aufbau des gefährlichen Behälters. Da kommt ihrem Kollegen Hartmut eine gefährliche Idee: Könnte man dieses Wissen nicht auch selbst verkaufen, vielleicht an ganz andere Interessenten? Und hier wird die Kriminal-Novelle erst richtig spannend...

Verfasst hat sie Moritz F. Sekieritz, hinter dessen Künstlernamen sich ein prominenter Atomexperte und profunder Kenner von Atomgefahren und Atom-müll verbirgt. Wer sonst könnte den geneigten Lesern so souverän – vermittelt einer spannenden Geschichte – die Augen öffnen über die Verwundbarkeit der Castortransporte...-en

Moritz F. Sekieritz: Die Schwachstelle. Eine Novelle über Atomtransporte, Experten, Gier und Dummheit. Tolstefanz/Wendländisches Verlagsprojekt; 6 €, zu bestellen über den Abl-Verlag. Gewinne des Projekts gehen in neue Anti-Atom-Publikationen.

Wem gehört die Republik?

Auch in diesem Jahr werden die 100 größten deutschen Konzerne und ihre Verflechtungen aufgelistet: mit Geschichte, Besitzverhältnissen, Geschäftsfeldern und Geschäftspolitik, Beteiligungen, Mitarbeiterzahlen, Vorständen und Aufsichtsräten, Umsätzen, Gewinnen, Aktienkursen, Umwelt- und Sozialengagements. Interessant auch die Angaben zu den Aufsichtsrats-Tantiemen, die z.B. bei der Südzucker (für alle 20 Aufsichtsräte zusammen) immerhin 1 Million Euro ausmachen, also z.B. für den Bauernverbands-Vizepräsidenten Bär etwa 50.000 Euro (nur für diesen einen seiner 20 Posten). Ein nützliches Buch für alle, die politisch engagiert sind. -gf

Rüdiger Liedtke: Wem gehört die Republik. Eichborn-Verlag 2003. 604 S., 25,90 €; zu beziehen über den Abl-Verlag.

Handelsketten

Die 50 größten deutschen Handelsketten mit all ihren Ladentypen, Vertriebs-schienen, Tochterfirmen, Umsätzen und Verflechtungen listet die neue Auflage diese Broschüre ausführlich und übersichtlich auf. Enthalten sind neben den Marktführern (Metro, Rewe, Edeka, Aldi, Tengelmann, Lidl, Spar) auch kleinere Handelsunternehmen (wie tegut oder Feneberg), die zum Teil mit regionaler oder ökologischer Ausrichtung Erfolg haben. -pm

Die marktbeherrschenden Handelsunternehmen 2003. DIN A 4, 50 S., 19 €, Lebensmittel-Zeitung, Marketing; zu beziehen über den Abl-Verlag.

Bärlauchpesto und Schlehenparfait

Ein „blühendes Buffet“ aus Früchten, die in Garten, Wald und Hecken wachsen – mit appetitanregenden Fotos beschreibt das Buch „Die besten Wildfrucht-rezepte“ mehr als die klassischen Rezepturen von Hollerwein und Zwetschgenmus.



Basiswissen zum Sammeln und Verarbeiten von Früchten vermittelt der erste Teil des Buches; dann gibt es einige Grundrezepte zum Herstellen von Konfekt, Sorbets, Terrinen und vielem anderen. Nach der Jahreszeit ihrer Pflückreife geordnet werden schließlich Wildpflanzen vorgestellt: Botanik, Standort, Sammeltipps und Verwendungsmöglichkeiten. Wer wusste schon, dass Kornelkirschen, die in vielen Gärten wachsen, Florentinern einen besonderen Geschmack geben können? Die Rezepte reichen von Altbekanntem wie Hollerbeersaft bis zu ausgefallensten Chutneys. Ein Buch für experimentierfreudige Köche, die jetzt im Herbst vielleicht Brombeer-Leckereien zubereiten wollen.

Elisabeth Mayer & Michael Diewald: Die besten Wildfrucht-rezepte. Leopold Stocker Verlag 2003, 159 S., 15,80 €; zu beziehen über den Abl-Verlag.

Bestellcoupon für lachende Kühe

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2003: 21,- €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2002 als CD: 19,80 €:	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2001: 20,00 €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000: 19,00 €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 1999: 18,00 €	_____ €
Sonder-Paketpreise: 2 Ausgaben 30,00 €, 4 Ausgaben 55,00 €	
Ältere Ausgaben 1996-1998 je 5,00 €	_____ €
1993-1998 je 2,50 €	_____ €
.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen: 19,95 €:	_____ €

außerdem:

Porto: 2,75 €
Summe: _____ €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ geggbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Wir suchen Ihr Foto zum Thema:

Alltagsleben auf den Höfen!

Die schönsten Bilder werden prämiert. Den Gewinnern winkt ein Bildband. Bitte schicken Sie maximal drei Fotos mit Namen und Adresse und – falls nötig – einer kurzen Erläuterung an:

Redaktion Bauernstimme
– Stichwort Foto –
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm

Einsendeschluss ist Montag, der 15. September 2003.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Falls Sie die Bilder zurückgeschickt haben möchten, bitte einen kurzen Vermerk. Natürlich können Sie uns auch digitale Bilder schicken, sofern diese eine Auflösung von 300 dpi haben. Unsere E-mail-Adresse lautet: redaktion@bauernstimme.de

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Bilder zu veröffentlichen.

**Wir freuen uns auf viele Bilder
Ihre Redaktion**

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:

- ja nein
 Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, ☎ und Fax 05865-829
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Quellenweg 6, 56288 Bell, ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Ulrike Hanen, Kirchplatz 5, 54636 Rittersdorf, ☎ u. Fax 06561/695486

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Siegfried Jäckle, Spittelhof, 78112 St. Georgen-Oberkirmach, ☎ 07724/7992
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Rammelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Altes Schulhaus, 17091 Wolkow, ☎ 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Burgstr. 11, 19336 Plattenburg, ☎ 03879/12518

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, ☎ 037323/50129,

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttolberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937
Arbeitsgruppe ökologischer Landbau: Dietmar Groß, Am Dorfbrunnen 1, 34576 Homberg-Mühlhausen, ☎ 05681/2607
„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@ik-wl.nrw.de
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529
IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinneemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.abl-ev.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221, homepage: www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Satz:** Overhaus, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Dürre

Staub, trockene Wasserläufe, vertrocknete Wegränder, bräunlich-steppenartige Wiesen und Weiden, Staub umgibt mich beim Grubbern – leichter heißer Südwest, mein Thermometer misst 37,8°, nach dem Drehen am Vorgewende erreicht mich die Staubwolke von der anderen Seite erneut. Ich möchte alle Fenster und Türen des Traktors schließen, aber das Gebläse reicht nicht aus, um der Hitze zu begegnen. Ist das eine Glut! Mit „Super-Sommer oder Fluch?“ überschreibt ein Teil der Presse die diesjährige Situation in Europa. Das Gros der Experten ist sich einig: Die Klimaerwärmung geht ihren Weg.

Zu den ohnehin durch Trockenheit geprägten Gebieten Europas im Süden kommen jetzt Gebiete in Mitteleuropa, wie etwa Brandenburg, die am Ende dieses Sommers steppenähnlichen Charakter aufweisen, in denen es sogar Sandstürme von den großflächig stoppelbearbeiteten oder gepflügten Feldern gibt.

Wir hatten die Ernte schon Anfang August eingebracht – eine Tortur in sengender Sonne. Bei Getreide hat der Ertrag die Bauern unserer Region auf den Böden mit relativ guter Wasserführung nicht mal so enttäuscht – anders allerdings bei Körnerleguminosen, dort gab es wie auch bei Winterraps drastische Einbußen. Vor allem spät gedrehter Raps hatte schon durch den langen und anhaltend kalten Winter mit acht Wochen Dauerfrost bis -18° schweren Schaden genommen. Es war zwar nicht besonders kalt, aber anhaltend kalt, was Raps und auch Getreide zum Teil nicht vertragen.

Nach der Ernte beginnt jetzt schon der Herbst: Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder – gelb sind die Stoppelfelder nur da noch wo beispielsweise nicht mal mehr die Scheibenegge in den Boden eingedrungen ist oder erst gar nicht der Versuch einer Stoppelbearbeitung stattfand. Und nicht: Bunt sind schon die Wälder – braun und dürr sind schon die Wälder in den Trocken- und Höhenlagen der Mittelgebirge.



Auf den Bergkuppen sind Buche und Eiche ganz braun und z. T. schon entlaubt.

Zwei Fahrten durch das nordhessische und südniedersächsische Bergland im 14-tägigen Abstand zeigen die klassischen Bilder des Sommers und des Herbstes in eindrucksvoller Weise und zeitlich so nahe beieinander wie nie zuvor.

Was habe ich noch am 5. August 2003 in mein Tagebuch eingetragen: Frühestes Ernte-Ende auf unserem Hof seit meiner Erinnerung. Meine Erinnerung sind die Trockenjahre 1959 und 1976, bedingt, aber nicht so heftig 1983. In der Erinnerung meines Vaters und Großvaters die Trockenjahre 1911 und 1947. Von 1959, das als Trockenjahr sozusagen zwischen zwei „nassen“ Jahrzehnten liegt – ich war neun – weiß ich, da ich selbst bei der Ernte mitgeholfen habe, zu berichten, dass wir Zucker- und Runkelrüben hatten wie Karotten. An „nur“ zwei Tagen stieg das Thermometer auf ca. 35° C sonst „nur“ bis ca. 30°C. Bis in den Oktober hinein hielt die Trockenheit an.

1976 waren Wiesen und Weiden anscheinend noch brauner und dürrer als in diesem Jahr. In den Grün-

landregionen gab es sehr wenig Stroh. Die Bundeswehr half bei Strohtransporten. Der „Strukturwandel“ hat bewirkt dass durch geringe Viehdichte in den Mischgebieten und strohlose und stroharme Ganzjahres-Aufstallungen in den rindviehintensiven Grünlandgebieten insgesamt viel weniger Stroh gebraucht wird und gleichzeitig die Weiden bspw. nur durch Jungvieh, Mutterkuhherden oder Pferde längst nicht mehr so intensiv bewirtschaftet werden wie 1976.

In 2003 hatten wir bis jetzt in unserer Region ca. 45 Prozent weniger Niederschlag als das langjährige Mittel, im Jahr 2002 hatten wir auf das ganze Jahr gerechnet ca. 50 Prozent mehr Niederschlag als im langjährigen Mittel.

Im Laufe von 20 Jahren ist der Abschluss der Ernte immer früher geworden. Gravierende Veränderungen haben sich also schon „unter unseren Augen“ ereignet.

Trotz der Erfahrung, dass Trockenjahre Einzelercheinungen sind, bleibt vor allem wegen der offensichtlichen deutlichen Klimaveränderung zu fragen: Wie geht es wohl weiter? Worauf müssen wir uns einstellen, wenn wir Bauern bleiben wollen?

Zu alledem kommt in genau dieser Zeit im agrarpolitischen Bereich die Entscheidung zugunsten einer „Teilentkopplung“ der Stützungsbeihilfe, wo sich vor allem im Bereich Tierhaltung die Frage: Kann ich eigentlich bei weiter sinkenden Milch- und Fleischpreisen überhaupt noch weiter machen? immer dringender stellen wird.

Und dann präsentiert Frau Künast mitten in der Dürre auch noch die Krankenkassen-Rechnung mit unappetitlichen und unverdaulichen Erhöhungs-Prozentsätzen von z. T. über 50 Prozent. Für all die vielen Bauern, die in Jahrzehnten ihren Betrieb aufgegeben haben bzw. aufgeben mussten, sollen die wenigen übrig gebliebenen auch noch den bisher vom Staat getragenen Anteil blechen!

Auf das die Dürre noch dürrer werde!

Heiner Range

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für mehr Regen

9/2003

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
 oder FAX 02381-492221